

**Anzeigen-
Annahme-Bureau:**
In Posen
an der Expedition
bei Krupski (G. H. Ulrici & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedländer-Str. Ecke 4;
in Glogau bei Herrn J. Streifand;
in Frankfurt a. M.;
G. F. Paube & Co.

Posener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

**Anzeigen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen,
Rudolph Moller;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel;
Hansen & Vogler;
in Berlin:
A. Heilmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Kahl.

Nr. 488.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Donnerstag, 17. Oktober

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
der Raum, sechsgehaltene Zeilen 5 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an
denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Einige Betrachtungen über die neuen Grundgesetze.

II.

Nachdem wir in unserem ersten Artikel, den der Zahl nach wohl am häufigsten vorkommenden Fall des Eigenthums-Überganges an Grund und Boden — den Fall der freiwilligen Veräußerung — und die dafür bestimmte Form besprochen haben, knüpfen wir hieran die Bemerkung, daß das Gesetz vom 5. Mai d. J. es im Uebrigen hinsichtlich des Erwerbes von Grundeigenthum bei dem bisher geltenden Rechte belassen hat. So wird also beispielsweise in der notwendigen Substitution nach wie vor durch Veräußerung des Zusagebescheides, beim Erbansalle mit dem Augenblicke des Todes des Erblassers, bei der Ersetzung durch den Ablauf des bestimmten Zeitraums, bei bestehender ehelicher Gütergemeinschaft mit dem Zeitpunkte der Verheirathung das Eigenthum resp. Miteigenthum an Grundstücken erworben. Doch setzt auch in solchen Fällen das neue Gesetz für die Ausübung der wichtigsten Befugnisse des Eigenthümers die Eintragung im Grundbuche voraus. Nur den eingetragenen Eigenthümer schließt es gegen den Erwerb durch Ersetzung, nur ihm gewährt es das Recht der Auflassung und Belastung des Grundeigenthums, nur von ihm ausgehende Löschungsanträge können Berücksichtigung finden. Er allein kann von dem Prozeßrichter für legitimirt erachtet werden, alle Klagerrechte des Eigenthümers zur Geltung zu bringen und andererseits als Beklagter ungerechtfertigte Eingriffe in seine Eigenthums-Sphäre abzuwehren. Hierin mögen alle diejenigen, welche die Eintragung des Eigenthums-Überganges bisher als etwas Entbehrliches von der Hand gewiesen haben, genügende Veranlassung finden, dieselbe nunmehr schleunigst in Antrag zu bringen. Ein Zwangsverfahren wird gegen den in dieser Beziehung säumigen Eigenthümer auch jetzt nur eingeleitet, wenn eine zuständige Behörde die Eintragung erfordert, oder ein dinglich oder zu einer Eintragung Berechtigter dieselbe verlangt.

Alle sonstigen Eintragungen im Grundbuche erfolgen auch nach dem neuen Gesetze in der Regel nur mit Bewilligung dessen, gegen den sie gerichtet sind. Dies ist zumeist, aber nicht immer der Eigenthümer. Bei Cessionen, Verpfändungen und Löschungen eingetragener Posten ist es der Gläubiger. Die neue Gesetzgebung geht nun aber insofern einen Schritt weiter, als sie fast in allen Fällen richterlicher Entscheidungen die Kraft ausdrücklicher Eintragungs-Bewilligungen beilegt. So ersetzt das Erkenntniß, durch welches der eingetragene Eigenthümer eines Grundstücks zur Auflassung rechtskräftig verurtheilt ist, die Auflassungs-Erklärung; so wird bei der zu bewirkenden Eintragung eines dinglichen Rechts, einer Hypothek oder Grundschuld der Mangel der Einwilligung des Eigenthümers durch seine Verurtheilung hierzu gehoben und in gleicher Weise kann die Eintragung der Abtretung oder Verpfändung einer Hypothek oder Grundschuld, resp. deren Löschung ohne Weiteres auf der Grundlage eines den Inhaber der Forderung zur Ertheilung der Eintragungen resp. Löschungs-Bewilligung verurtheilenden Erkenntnisses herbeigeführt werden.

Eine ganz neue, mit der bisherigen Theorie des Pfandrechts, als eines accessorischen Rechtes, nicht zu vereinigende Schöpfung des Gesetzes erblicken wir in den sogenannten Grundschulden. Es ist dies eine von nun an neben der Hypothekenbestellung zulässige Kapitalbelastung ohne Angabe eines Schuldgrundes, man kann sogar sagen: ohne notwendige Voraussetzung der Existenz einer Schuldforderung. Denn von vorn herein ist es dem Eigenthümer gestattet, auf seinen eigenen Namen ganzwillkürlich Grundschulden einzutragen zu lassen. Er ist hierdurch in den Stand gesetzt, dem Kredit gewährenden Kapitalisten als bald sichere Bürgschaften für die Erfüllung seiner Zusicherungen zu bieten und findet so die beste Gelegenheit, sich selbst den Weg zum Geldmarkte zu ebnen. Ueber jede zur Eintragung gelangende Grundschuld wird nämlich ein Grundschuldbrief ausgestellt, ein Verzicht auf dessen Ausfertigung ist geradezu unstatthaft. Seiner Natur nach entspricht ein solcher Grundschuldbrief einem Wechsel mit dinglicher Grundlage. Durch die Ausständigung desselben erlangt der Gläubiger, im vorerwähnten Falle der Eigenthümer, die volle Verfügung über die Grundschuld. Er ist berechtigt, sie beliebig durch Abtretung an Dritte, selbst ohne Nennung des neuen Erwerbers (Blanko-Abtretung) zu verwerthen und in gleicher Weise kann der Grundschuldbrief hiernächst mit oder ohne Ausfüllung des Namens immer weiter, wie ein Wechsel, von Hand zu Hand gehen. Dem jedesmaligen Inhaber desselben steht die dingliche Klage gegen den Eigenthümer zu. Doch kann er seine Befriedigung nur aus dem Grundstücke suchen, wenn nicht andere das persönliche Forderungsrecht, welches zur Ausfertigung und Aushändigung des Grundschuldbriefes Veranlassung gab, ausdrücklich mitabgetreten werden. Aehnlich wie beim Wechsel sind gegen die Klage aus einer Grundschuld Einreden nur soweit zulässig, als sie dem Beklagten gegen den jedesmaligen Kläger unmittelbar zustehen, oder aus dem Grundschuldbriefe sich ergeben, oder endlich die Thatfachen, auf denen sie beruhen, dem Kläger beim Erwerbe der Grundschuld bekannt gewesen sind. Bleibt der Grundschuldbrief in Händen des Eigenthümers, so ist dieser befugt, im Substitutionsverfahren bei Vertheilung der Kaufgelder des Grundstücks die Grundschuld für sich zu liquidiren. Nur gleich- oder nachgeordnete Gläubiger, welche im Wege der Zwangsvollstreckung die Eintragung erlangt haben, können von dem Rechte der Ansetzung Gebrauch machen. Was die äußere Form der Grundschuldbriefe anbelangt, so bestehen dieselben lediglich aus der Ueberschrift „Preussischer Grundschuldbrief“, dem vollständigen Eintragungsvermerk derjenigen Post, für welche er ausgestellt wird, den für die Prüfung der Sicherheit der Forderung erheblichen Nachrichten aus dem Grundbuche und der Unterschrift des Grundbuchamts mit Datum und Siegel. Um

die Beweglichkeit der Grundschulden im Verkehrleben noch mehr zu fördern, ist es dem Eigenthümer freigestellt, die Ausfertigung des Grundschuldbriefes in Verbindung mit einem Zins-Quittungsbogen nachzufuchen, auf welchem letzterem die einzelnen Zins-Quittungen für einen fünfjährigen Zeitraum enthalten sind. Nur der Inhaber der fälligen Quittungsscheine, die wie die Pfandbriefskupons selbständig in Umlauf gesetzt werden können, ist gegen deren Aushändigung zur Erhebung der desfalligen Zinsraten berechtigt. Sind die ertheilten Zinsquittungsscheine sämmtlich absorbiert, so bleibt es dem Inhaber des Grundschuldbriefes unbenommen, bei dem Grundbuchamte die Ausfertigung eines neuen Zins-Quittungsbogens in Antrag zu bringen.

Noch ist zu bemerken, daß selbst eine bereits eingetragene Hypothek auf gemeinschaftliches Verlangen des Eigenthümers und des Gläubigers nachträglich in eine Grundschuld umgewandelt werden kann. Es wird hierzu jedoch die Einwilligung aller gleich- oder nachgeordneten Berechtigten erfordert, die vor dem 1. Oktober d. J., an welchem Tage die neuen Grundgesetze in Kraft getreten sind, schon eingetragen waren. — Ob das neue Rechtsinstitut der Grundschuld praktische Bedeutung gewinnen und diese neben der altbewährten Hypothek sich bei uns einbürgern wird, das kann allein die Zukunft lehren. Entscheidenden Einfluß wird hier nicht sowohl der kreditbedürftige Eigenthümer, als vielmehr der die Geldmittel vorstreckende Kapitalist üben. Ihm allein muß die Wahl zwischen Hypothek und Grundschuld überlassen bleiben.

Deutschland.

△ Berlin, 15. Oktober. Die „Kreuztg.“ glaubt, schon den Tag der Bestattung des Prinzen Albrecht mittheilen zu können. Das ist jedenfalls verfrüht, da alle Bestimmungen in dieser Richtung erst nach der Rückkehr des Kaisers erfolgen können. Hieran wird um so mehr festgehalten werden müssen, als sich, wie ich höre, in dem Testament des Prinzen Wünsche ausgesprochen finden, deren Ausführung nicht ohne Genehmigung des Monarchen stattfinden kann. — Vorgestern brachte die „Nordd. Allg. Ztg.“ eine Mittheilung, nach welcher die Rückkehr des Fürsten Bismarck nach Berlin wahrscheinlich früher erfolgen werde, als man bisher angenommen hat. Man wird diese Notiz in Verbindung mit den jüngsten Andeutungen der „Prov.-Corr.“ wohl als eine Bestätigung dafür ansehen können, daß die viel verbreitete Auffassung, als ob die verlängerte Abwesenheit des Fürsten aus einem kühlen Verhalten desselben gegen die Kreisordnung zu erklären sei, vollkommen unberechtigt ist. Man hält es für nicht unmöglich, daß der Fürst zu den betreffenden Verhandlungen hier eintreffen werde. — Die Berufung des Geheimraths Herrmann in Heidelberg zum Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrathes hat jetzt die Allerhöchste Bestätigung erhalten. Ueber die Zeit des Amtsantritts scheint noch keine definitive Bestimmung getroffen zu sein. — Der evangelische Oberkirchenrath hat im Einverständniß mit dem Kultusminister beschlossen, mit Rücksicht auf die steigende Theuerung der Lebensbedürfnisse jedem in das Prediger-Seminar zu Wittenberg eintretenden Kandidaten, neben dem ordentlichen Stipendium von 200 Thlr. eine außerordentliche Unterstützung von 50 Thlr. jährlich zu gewähren. Zur Deckung der Mehrkosten wird die Zahl der Stipendiatenstellen von 25 auf 20 herabgesetzt.

△ Berlin, 17. Oktober. Nach übereinstimmenden Mittheilungen sollen die im Monat August auf dem hiesigen Artillerie-Schießplatz stattgehabten Panzerkugelfeuerversuche einen selbst die hochgepanzten Erwartungen überragenden Erfolg erzielt haben. Wie die „Kölnische Zeitung“ anscheinend aus durchaus zuverlässiger Quelle berichtet, ist von den Geschossen des neuen 11-zölligen Ring-Hinterladungsgeßüßes die 12-zöllige Panzerkugel mit bedeutendem Kraftüberschuß glatt durchschlagen worden, und hofft man durch eine leicht zu erwirkende Steigerung der Pulverladung dies auch mit dem gleichen 10-zölligen Geßüß noch erzielen zu können. Bei den letzten russischen Panzerkugelfeuerversuchen reicht der mit dem ersten Geßüß erzielte Erfolg nur bis zu dem Durchschlagen der dort als Panzerwand benutzten sogenannten Herkuleskugel, oder einer etwa neunzölligen massiven Panzerung, so daß mit diesen neuen Versuchen eine Steigerung von noch drei Zoll Panzerstärke erreicht sein wird. Im Vergleich zu den letzten in England stattgehabten Panzerkugelfeuerversuchen stellt sich hingegen der Unterschied dahin, daß dort mit dem neuen in Woolwich konstruirten 700-Pfünder die 11-zöllige Panzerung des als Panzerziel benutzten Thurnschiffs „Glatton“ nur gepregelt, indeß nicht durchschlagen und theilweise abgeplittet worden ist, hier aber von dem deutschen 500-Pfünder (das 11-zöllige Ring-Gußstahl-Hinterladungsgeßüß versendet eine adjustirte Hartgussgranate von 513 Pfd., wogegen die Stahlgrenate aber nur ein Gewicht von 495 und die gewöhnliche aufeiserne Granate ein solches von 437 Pfd. befißt) eine 12-zöllige massive Panzerung, mit einer Holzunterlage von 26 Zoll und einer einzölligen Binnenpanzerung glatt und noch mit bedeutendem Kraftüberschuß durchschlagen worden sind, und hoffentlich dasselbe Resultat auch noch mit dem deutschen 400-Pfünder erzielt werden wird. Die Ueberlegenheit des deutschen Geßüßsystems über das allein bisher noch mit demselben rivalisirende englische Geßüßsystem ist demnach auch bei diesen neuesten Versuchen wieder in eminentester Weise hervorgetreten, und bleibt nahezu mit Bestimmtheit zu erwarten, daß das in Konstruktion begriffene 12-zöllige Krupp'sche Ring-Hinterladungsgeßüß, dessen adjustirte Hartgussgranate von 666 Pfund angegeben wird das gleiche Ergebniß auch noch wider eine 15- bis 16-zöllige Panzerung erzielen dürfte. Die etwaigen Aufgaben des unter dem Kommando des Kapitan Werner nach Südamerika, und im ferneren Verlauf der Fahrt voraussichtlich nach Ostasien bestimmten Geschwaders können bei dem bedrohlichen politischen Verhältnissen, welche gegenwärtig für die ostasiatischen Staaten obwalten, wohl noch kaum übersehen werden. In erster Reihe handelt es sich bei Entsendung dieser Expedition zweifelsohne darum, den südamerikanischen und ostasiatischen Staaten die Bedeutung zum Verständniß zu führen, welche Deutschland, das in seinem Hauptsaate Preußen dort noch immer nur als eine ausschließliche Landmacht angesehen wird, auch zur See zu erreichen im Begriffe steht, nächstdem aber möchte es noch entschieden darauf ankommen, für alle Fälle gerade gegenwärtig in jenen Gewässern durch ein ausreichend starkes Geschwader vertreten zu sein,

um gestützt auf diese Kraftentwicklung bei etwa eintretenden Gelegenheiten auf die betreffenden Staaten einen erhöhten Einfluß geltend machen zu können. Auch erschien bei dem Umstande, daß die deutsche Handelschiffahrt in Ostasien bereits die dritte Stelle einnimmt, eine stärkere Entfaltung von Seestreitkräften schon lange notwendig, indem sowohl England, wie Frankreich und Amerika auf den dortigen Nationen durchgehends mit 10 bis 12 und 15, der erst- und zweitgenannte Staat sogar 1870 mit 17 und 21 Kriegsfahrzeugen vertreten waren, während dies seit einer Reihe von Jahren deutscherseits nur mit zwei Kriegsschiffen der Fall gewesen ist. Für den Besuch der südamerikanischen Häfen wird sich voraussichtlich die zur Zeit in Westindien stationirte Arctona und in Ostasien werden sich die Hertha und Medusa dem Geschwader anschließen. Dasselbe würde demnach mit vier, resp. fünf, und erforderlichenfalls mit sechs Fahrzeugen, darunter eine Panzer-Fregatte und drei Schiffe von mittlerer Fregattenstärke, aufzutreten vermögen. Die speziellen Bestimmungen und Befehle dürften indeß, wie bei der Entsendung von größeren Schiffsgeschwadern üblich, dem Commandanten versiegelt zugeteilt und von demselben erst auf hoher See geöffnet werden. Die Absicht der Errichtung einer ostasiatischen Station, welche schon in der letzten Denkschrift der Marine hervorgehoben worden war, würde durch die Entsendung so bedeutender Seestreitkräfte jedenfalls noch eine erhöhte Bestätigung erfahren, und kann die Ausführung dieses Projekts, weil voraussichtlich auch fernerhin in Ostasien eine bedeutend verstärkte Schiffsflotte unterhalten werden muß, allerdings jetzt auch als kaum noch länger hinausgeschoben angesehen werden.

— In Betreff des von Moltke reklamirten Schnupftabaks und der noch immer nicht aufgefundenen Düppelscheeren hatten „Wespen“ und „Kladderadsch“ in ihren letzten Nummern illustrierte Betrachtungen angestellt. Der hohe deutsche Reichsrechnungshof, bisher jeder parlamentarischen und öffentlichen Politik unerschrocken, scheint dadurch aus seinem Potsdamer Stilleben aufgestört zu sein. Von seiner einsamen Wölfe läßt er sich in der „Nordd. Allg. Z.“ zu einer Erwiderung auf jene Zeitungsartikel herab, die, wie der Rechnungshof ausgespißt haben will, von dem Abg. Eugen Richter herrühren sollen. Diese Erwiderung lautet:

1) Die Behauptung, daß ein Pfund Schnupftabak als reglementswidrige Erfrischung während des letzten Krieges vom Rechnungshof des deutschen Reiches zurückgefordert worden, ist eine unwahre, indem das betreffende Monitum vielmehr nur auf den Nachweis gerichtet gewesen ist, inwiefern die verausgabten Kosten auf Bundesfonds zu übernehmen waren. 2) Umfassende Verhandlungen über ein Faß Bier, welches auf dem Saarbrücker Bahnhofe reglementswidrig verpackt worden sein soll, haben in Folge Monitum des Rechnungshofes nicht stattgefunden. 3) Die Monita, welche bezüglich der früheren Kriegszurechnungen seitens des Rechnungshofes gezogen worden, sind mit geringen Ausnahmen und zwar meistens seit langer Zeit erledigt. Insofern dies noch nicht geschehen, liegt der Grund lediglich zu äußeren Verhältnissen, welche eine rechtzeitige Erledigung der Erinnerungen bisher unausführbar gemacht haben. 4) Es ist unwar, daß zur Zeit noch Verhandlungen über den Verbleib von Scheren schweben, welche beim Düppelsturm zum Durchschneiden der dänischen Drahtsperrn erforderlich geworden sind. Das letzte hiermit zusammenhängende Monitum ist bereits im Jahre 1867 für erledigt angenommen worden. 5) Der Vorwurf, daß der Rechnungshof den Kosten der Erbswürstfabrik zu Berlin in eingehender Weise nicht auf den Grund gehen zu wollen scheine, widerlegt sich dadurch, daß die Rechnung über die Armeepreparanden-Fabrik dem Rechnungshofe zur Zeit zur Revision überhaupt noch gar nicht eingereicht worden ist. 6) Unwar ist ferner die Behauptung, daß der Rechnungshof über drei Jahre zur Prüfung der ersten, dem Reichstage vorgelegten, auf das Jahr 1867 und 1868 bezüglichen Rechnungen gebraucht habe. Die zur Unterlage derselben dienenden Rechnungen aus diesen Jahren sind mit geringen Ausnahmen innerhalb der für die Revision instruktionsmäßig bestimmten Frist revidirt und dechargirt worden. In den wenigen Fällen, wo dies nicht geschehen, war dies durch besondere, außerhalb der Machtvollkommenheit des Rechnungshofes liegende Verhältnisse begründet. Die zur Vorlage an den Bundesrath und Reichstag bestimmten allgemeinen Rechnungen über den Haushalt des Norddeutschen Bundes für das 2. Semester 1867 und das Jahr 1868 aber sind in demselben Monate geprüft und mit der erforderlichen Bescheinigung versehen worden, in welchem sie dem Rechnungshofe zu dem Zwecke zugegangen sind. 7) Die Art der Aufstellung der Bemerkungen für den Reichstag ist nicht in das Belieben des Rechnungshofes gestellt. Derselbe ist vielmehr hierbei an die hierfür erlassenen Vorschriften gebunden, welche für ihn als die alleinige Richtschnur zu gelten haben. 8) Der Nachweis über den Erlös aus der Veräußerung des in der Kommandantenstraße zu Berlin belegenen früheren Kasernen-Grundstücks des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2 ist rechnungsmäßig geführt worden.

Daraus ersieht man zu unserem eigenen Erstaunen — in der That hatten wir die Sache bisher für einen etwas boshaften Witz gehalten — daß es mit dem vom Feldmarschall Moltke reklamirten Pfund Schnupftabak seine Richtigkeit hat. Der Rechnungshof belehrt uns, daß er die Preisen nicht in natura zurückgefordert, was ganz verständlich war, sondern daß „das betreffende Monitum nur auf den Nachweis gerichtet, inwiefern die verausgabten Kosten auf Bundesfonds zu übernehmen waren.“ Da der Feldmarschall den Beweis schwerlich zu erbringen im Stande sein wird, daß er die Preisen ausschließlich „im Interesse des Dienstes“, insbesondere des „deutschen Bundes“, genommen, so wird ihm kaum etwas Anderes übrig bleiben, als durch eine besondere Allerhöchste Kabinettsordre einer Strafe dem Rechnungshofe gegenüber Indemnität ertheilen zu lassen. In Betreff der Düppelscheeren erfahren wir, daß das letzte, dieselben betreffende Monitum im J. 1867 als erledigt angenommen worden ist. Daraus ist leider nicht zu entnehmen, ob der Rechnungshof die Scheeren nach dreijährigem Suchen wirklich gefunden oder nur als gefunden „angenommen“ hat. Hinter die Geheimnisse der Erbswürst behauptete der Rechnungshof noch nicht gekommen zu sein. Die Rechnung sei noch nicht vorgelegt; man scheint es also hier nicht so eilig wie mit den Schnupftabakrechnungen zu haben. — So einsehend der Rechnungshof diese Notizen beantwortet, so leicht geht er aber über die ernsthaften Vorhaltungen hinweg, welche ihm in denselben Zeitungsartikeln gemacht worden waren. Ueber den Zustand der Militärrechnungen von 1868, die Thatfache, daß noch in diesem Jahre das Artillerie- und Waffnenwesen des Bundesherces aus dem preussischen Kriegskostenfonds

von 1866 statt aus dem Pauschquantum bezahlt worden, verliert er kein Wort. Den Vorwurf der verspäteten Rechnungslage schiebt der Rechnungshof dem Reichskanzler zu, welcher die Älteste nicht früher von ihm verlangt, die Dürftigkeit und Prinziplosigkeit der „Bemerkungen“ des Hofes zu den Rechnungen erklärt der Hof aus den dafür bestehenden „Vorschriften“, Vorschriften, die, wie Eingeweihte behaupten, gar nicht existieren, jedenfalls nirgend veröffentlicht sind. Uebrigens galt der Angriff der Presse wohl weniger den jetzigen Mitgliedern, als der durchaus veralteten Institution des Rechnungshofes. Leider trägt der Präsident, Herr Stünzner, einen großen Theil der Schuld an dem Nichtzustandekommen eines Reformgesetzes, indem er die Minister in ihrem Widerstande gegen die Forderungen des Reichstages nach einer ernsthaften Kontrolle noch bekräftigte. Nach Herrn Stünzners Willen wäre nicht einmal das mangelhafte preussische Gesetz zu Stande gekommen.

Die „Germ.“ schreibt: Die Blätter grüßen sich damit ab, den Verfasser der bischöflichen Denkschrift zu ergründen. Bald wird der Bischof von Mainz, bald der von Baderborn, bald werden beide zusammen als Autoren genannt. Die Mühe ist vergeblich. Die Denkschrift ist in einem Entwurfe schon lange vor der Konferenz den Bischöfen zugesandt worden, jeder konnte Zusätze machen oder Streichungen vornehmen, oder einen eigenen Entwurf beim Präsidium einreichen. In Fulda einigte man sich schließlich über die Form. Die Denkschrift ist deshalb so recht eine Arbeit des deutschen Gesamt-Episcopats. Wie dem „Fr. Z.“ aus Fulda geschrieben wird, soll die Denkschrift an einem jeden Bischofsstuhle in thunlichst vielen Exemplaren gedruckt und dann an die einzelnen Geistlichen einer jeden Diöcese zur eigenen Kenntnissnahme und möglichen Verbreitung vertheilt werden. Namentlich werden es sich die Mitglieder der katholischen Kasinos und die Vorstandsmitglieder der Männer-Sodalitäten, Gesellen- und Jünglings-Vereine u. angelegen sein lassen, für die Verbreitung des Schriftstücks Sorge zu tragen.

Ueber die Denkschrift der Bischöfe läßt sich die „Prov.-Corr.“ in ihrem ersten Artikel wie folgt aus:

Die Darlegung der geistlichen Auffassungen und Ansprüche ist in dieser neuesten bischöflichen Schrift allerdings so rückhaltlos, so absolut, so scharf, wie bisher noch in keiner öffentlichen Kundgebung deutscher Bischöfe dem Staate gegenüber. Jeder Uebergriff gegen die bürgerlichen Gesetze, der bisher von einem einzelnen Bischofe begangen worden, jeder streitige geistliche Anspruch, der an irgend einer Stelle erhoben worden, wird jetzt von der Gesamtheit der Bischöfe als gemeinsame Angelegenheit der katholischen Kirche aufgenommen und als unbedingtes Recht behauptet und vertreten; alle Maßregeln, welche die Regierung seit Jahr und Tag ergriffen, alle Schritte der Verwaltung und der Gesetzgebung werden als rechtswidrig und die Aufhebung gegen dieselben als berechtigt erklärt.

Die Bischöfe versichern im Eingange der Denkschrift: die gegenwärtigen Wirren seien für sie plötzlich und gegen Erwarten hereingebrochen.

Grade am Grabe des heiligen Bonifacius hätten die Bischöfe Anstand nehmen müssen, diese Behauptung auszusprechen; denn dort mußte ihnen die Erinnerung an ihre erste Versammlung vom Jahre 1869 zugleich ins Gedächtnis und ins Gewissen rufen, mit wie schweren Sorgen sie damals dem vatikanischen Konzile entgegen gingen, durch welches nach ihrer eigenen Bangen Erwartung die gegenwärtigen Wirren notwendig herbeigeführt werden mußten.

Die sollten sie in Fulda nicht jenes ersten gemeinsamen Hirtenbriefes gedacht haben, in welchem sie sich und die deutschen Katholiken noch darüber zu beruhigen suchten, daß das Konzil in Rom neue Glaubenslehren nicht verkündigen könne und werde, — der Papst könne und werde nicht unter dem Einflusse einer Partei die Macht des apostolischen Stuhles über Gebühr erhöhen, die alte und echte Verfassung der Kirche zu ändern suchen, — den deutschen Bischöfen werde auf dem Konzil die volle Freiheit der Berathung nicht vor-enthalten werden.

Wie sollte der Bischof von Mainz, Herr v. Ketteler, der die jetzige Denkschrift verfaßt haben soll, in Fulda sich nicht erinnern haben, daß als „neue Glaubenslehre“ ihm und seinen Kollegen damals eben die päpstliche Unfehlbarkeit erschien, von welcher er sagte: sie sei der Kirche Christi dem Namen und der Sache nach unbekannt und erst in letzter Zeit ausgedacht worden, ihre Verkündigung aber würde etwas Unerhörtes sein.

Wie könnten die Bischöfe bei den erneuten Erörterungen in Fulda nicht ihres fruchtlosen Kampfes und Ringens auf dem Konzile gedacht haben, wo sie gegen das Vorgehen der Mehrheit protestirten, „um die Verantwortung für die unglücklichen Folgen, welche daraus ohne Zweifel in Kurzem hervorgehen würden, vor den Menschen und vor dem furchtbaren Gerichte Gottes von sich abzuwenden“, — wo sie dringend, zum Theil fassungslos dem Papste vorstellten: es sei geradezu „unmöglich, die bürgerliche Gesellschaft nach der vom Konzil aufgestellten Regel zu gestalten“, und es „werde dahin kommen, daß die Katholiken als Feinde des Staates gelten, weil sie im Gewissen gehalten seien, danach zu trachten, daß alle

Staaten und Völker dem römischen Papst unterworfen werden.“ Das Alles haben die deutschen Bischöfe mit tiefer Sorge vorbergesehen und in dringender Weise mahnend und warnend in Rom vorgebracht: und heute scheuen sie sich nicht, von derselben geweihten Stätte, wo sie sich vor drei Jahren vereinigten, um den drohenden Gefahren und Wirren vorzubeugen, alle jene Aeußerungen unter dem Vorworte zu verlegen: „die Wirren seien plötzlich und ihnen unerwartet hereingebrochen.“

Wenn die Bischöfe, welche mit der Absicht und der Hoffnung nach Rom gingen, durch ihren gemeinsamen Widerstand das „Unerhörte“ und „Verhängnisvolle“, das sich dort vorbereitete, noch hindern zu können, sich hinterher aus überwiegenden Gründen ihres katholischen Bewußtseins und vermuthlich nach schweren Gewissenskämpfen in die Verkündigung der neuen Lehre gefaßt haben, so können sie doch die That-sachen, die sie selber ausdrücklich bezeugen, und die Folgen des vatikanischen Beschlusses, die sie klar vorhergesehen haben, nicht mit ihrer Unterwerfung einfach hinwegschaffen. Der Würde ihres hohen Amtes würde es vielmehr entsprechen, daß sie mit der Unterwerfung unter die Thaten des Konzils auch die Verantwortung für die von ihnen selbst als unvermeidlich verkündeten Folgen derselben offen und ehrlich auf sich nähmen. Sie mußten es und haben es selbst bezeugt, daß die bürgerliche Gesellschaft sich dem Spruche des Papstes nicht beugen könne und werde; — wollen sie trotzdem, nachdem sie selbst sich abgeben, es in schwerem Kampfe versuchen, auch den Staat, auch das Deutsche Reich unter den Willen Roms zu beugen, so wird doch durch ihr eigenes unausweichbares Zeugniß die That-sache bestehen bleiben, daß dieser Kampf nicht plötzlich, nicht durch den Staat heraufbeschworen ist, sondern durch das vatikanische Konzil, auf welchem alle Warnungen der deutschen Bischöfe ungehört verhallten und unter dem Einflusse einer Partei „die alte und echte Verfassung der Kirche geändert“ und „die Macht des päpstlichen Stuhls über Gebühr erhöht wurde.“

Ueber die Aussichten in der protestantischen Kirche bringt die Wiener „Deutsche Zeitung“ folgende eigenthümliche Mittheilung, für welche ihr die Verantwortlichkeit überlassen bleiben muß:

„Für die evangel. Kirche in Preußen und vielleicht im gesammten deutschen Reiche wird das Jahr 1873 ein entscheidendes werden. Die Verhandlungen mit dem berühmten Kirchenrechtslehrer Prof. Herrmann in Heidelberg nehmen einen derartigen Verlauf, daß er aller Wahrscheinlichkeit nach im kommenden Frühjahr an die Spitze des Oberkirchenrathes treten wird. Er bringt dafür nicht nur ein reiches, vielmehr ein reichhaltiges Programm zur Neugestaltung der Kirche auf repräsentativer Basis mit, sondern er sichert sich auch einen freundlichen Empfang, indem er vorab sich alle weiteren Verfolgungen freisinniger Geistlichen entschieden verbittet. Der betreffende Brief ist dem König vor Augen gekommen und dürfte seinen Eindruck auch da nicht verfehlt haben. Wenn übrigens manche entweder ganz schlecht unterrichtete oder aber geradezu perfide Leute noch immer von Zeit zu Zeit die Königin Augusta als einen Hort des kirchlichen Liberalismus bezeichnen, so muß dieser Behauptung einmal ernstlich begegnet werden. Umgekehrt, die genannte hohe Frau ist durch ihren langjährigen Aufenthalt in Gohlitz in die nächsten Beziehungen zu ultramontan gestimmten Persönlichkeiten getreten, die leider nicht unterlassen haben, ihre Auffassung der staatlich-kirchlichen Dinge sehr bemerkbar zu färben. Sie hat durch diesen Sommer wieder in Dudy am Genfer See eine Zusammenkunft mit der Fürstin Wittgenstein gehabt, einer bekannten leidenschaftlichen Anhängerin des Papstes und der Jesuiten. Ihr Einfluß ist stets und völlig wider die neue nationale Kirchenpolitik des Fürsten Bismarck gerichtet. Noch viel abgeschmackter, als dies zu leugnen, erscheint freilich die desgleichen trübten Ursprungs verdächtige Behauptung, der Kronprinz sei hierin des Reichskanzlers Gegner. Der Kronprinz sieht bekanntermaßen ungefähr auf dem Boden des Protestantentums, der ja im Oktober v. J. in Darmstadt zuerst auf Austragung der Jesuiten drang. Er hat seinen alten Freund, den Archidukon Schiksmann aus Stettin, diesmal ausdrücklich aufgefordert, ihm auf dem Heimwege von Osnabrück über den Protestantentag Bericht zu erstatten. Die Intriguen gegen Minister Falk finden an dem fromm-prinziplichen Hofe ihrer keine Stütze u. s. w.“

Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Die beiden Häuser des Landtages werden am 22. d. M. zunächst ihre früher unterbrochenen Arbeiten wieder aufnehmen, das Herrenhaus vor Allem die Kreisordnung, das Abgeordnetenhaus eine Anzahl von theilweise wichtigen Vorlagen. Dem Abgeordnetenhaus wird bald nach dem Zusammentritt der Staatshausalt-Staat für 1873 nebst mehreren mit demselben im Zusammenhange stehenden besonderen Gesetzentwürfen vorgelegt werden.

Unter den Vorlagen, welche dem nächsten Landtage werden gemacht werden, befindet sich nach der „R. Ztg.“ auch eine, welche eine Vermehrung der hiesigen Schutzmannschaft um etwa 300 Mann betrifft.

In Bezug auf das Eisenbahnwesen kommt im Abgeordnetenhaus demnächst folgender Antrag zur Verhandlung:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: „die Uebertragung des Konzeptionswesens in Eisenbahn-Angelegenheiten Seitens der Einzelstaaten auf die Verwaltung des deutschen Reiches, so weit und so lange dasselbe überhaupt aufrecht erhalten wird,

*) Hier gedenkt die „Prov.-Corr.“ des Schreibens des Bischofs Hejelle und fügt hinzu: Ein stärkeres Zeugniß gegen das jetzige Verhalten der Bischöfe kann es nicht geben!

ist eine dringende und nicht länger abweisbare Nothwendigkeit. Die königl. Staatsregierung wolle die erforderlichen Schritte bei der Bundesregierung thun, damit dies Ziel baldmöglichst erreicht werde.“

Im Herrenhause, wo bekanntlich am 22. d. die erste Plenarsitzung wieder stattfindet, werden die Fraktionsführungen schon am Freitag Abend ihren Anfang nehmen. An diesem Abend wird nämlich die „Fraktion Stahl“, bekanntlich die äußerste Rechte des Hauses, ihre erste Zusammenkunft um 7^{1/2} Uhr halten. Der Gegenstand, welcher sie beschäftigen wird, wird vornehmlich die Präsidentenwahl sein und erst in zweiter Linie die Kreisordnung betreffen. Die Herren glauben, wie es scheint, eine Einigung nicht so schnell zu Stande bringen zu können, wenigstens haben sie bereits eine zweite Sitzung auf Sonnabend, 7 Uhr Abends, angesetzt. In Betreff der Wahl des Präsidenten dürfte es doch nicht so glatt abgehen, wie man bisher und namentlich in offiziellen Kreisen anzunehmen geglaubt hat, und das Resultat derselben wird voraussichtlich von der Zahl von Mitgliedern abhängen, welche sich für die erste Sitzung einfinden werden.

Zu den von uns gemeldeten Städten, welche demnächst Präsentation swahlen für das Herrenhaus vorzunehmen haben, kommen noch der „Börs. Ztg.“ nach Stettin und Köln und in wenigen Wochen auch nach Bamberg, da das Mandat des Vertreters für Bamberg, Veigeordneten Engels, am 4. Dez. abläuft. Außerdem ruhen z. B. die Stimmen von 26 erberechtigten Mitgliedern, 1 Stift, 6 Verbänden des alten und neuesten Grundbesitzes und wegen Kumulation 2 großen Landesämtern; das sind zusammen 43 Stimmen. Von den Berufenen sind 16 in das Herrenhaus noch gar nicht eingetreten, wirkliche Mitglieder sind demnach nur 275 vorhanden.

Die Nachricht, daß der Chef der kaiserlichen Admiralität den Entschluß gefaßt habe, die in Danzig innerhalb des ersten Festungsrayons belegene provisorische Marinewerft in ein definitives Establishement umzuwandeln, wird hier, wie der „D. Z.“ geschrieben wird, nicht recht geglaubt. Der Marinestat pro 1873 weist keine besonderen Bewilligungen für derartige Zwecke auf. Ein bestimmter Artikel der deutschen Reichsverfassung erklärt außerdem nur Kiel und Wilhelmshaven für Reichsriegshäfen. Werft und Hafen gehören aber zusammen. Die Konzentration des Flottenverkehrs an nur zwei Stellen ist jedenfalls nach reichlicher Ueberlegung sanktionirt und es ist nicht anzunehmen, daß sich Herr v. Stosch so leicht und ohne Weiteres über gesetzliche Bestimmungen hinwegsetzen wird.

Das General-Auditoriat hat an sämtliche preussische Militärgerichte ein Zirkularschreiben gerichtet, welches auf die Einführung des neuen deutschen Militär-Strafgesetzes Bezug hat und die dadurch bedingten Änderungen der preussischen Militär-Strafgerichtsordnung hervorhebt.

Die Hervorhebung dieser Änderungen ist ausgesprochenemassen deshalb erfolgt, um die gleichmäßige Auslegung und Anwendung der Vorschriften des am 1. d. M. in Kraft getretenen neuen Gesetzbuches seitens des General-Auditorats möglichst zu fördern. Im Allgemeinen wird vorausgeschickt, daß das preussische Militärstrafgesetz eine Unterscheidung der strafbaren Handlungen in Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen nicht gekannt hat. Deshalb ist auch da, wo im zweiten Theil des preussischen Gesetzbuches der Ausdruck Verbrechen oder gemeine Verbrechen gebraucht ist, darunter jede strafbare Handlung, und da, wo von militärischen Verbrechen die Rede, sowohl Verbrechen als auch Vergehen im Sinne des § 1 des Militär-Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich zu verstehen. Im Besonderen wird dann bemerkt, daß fortan der Militärgerichtsbarkeit unterworfen sind: sämtliche Personen des Soldatenstandes und die Militärbeamten, welche zum Deutschen Reichsheere oder zur Reichsmarine gehören, die im Einführungsgesetze zum neuen Gesetze näher bezeichneten Offiziere à la suite, die Land-Gensdarmen, sofern die Landesgesetze nicht anders bestimmen, alle mit Inaktivitätsgehalt entlassenen, alle zur Disposition gestellten und alle mit Pension verabschiedeten Offiziere, die Militärlehrer und Zöglinge der militärischen Bildungs-Anstalten, soweit darüber durch besondere Vorschriften nicht anders bestimmt ist. Eine Umwandlung der von bürgerlichen Gerichten gegen Militärpersonen anerkannten Freiheitsstrafen in militärische Strafen findet nicht mehr statt.

Der diesjährige Herbstfeldzug für das Garde-Corps wird an den nachstehend genannten Tagen und in folgenden ungefähren Stärken hier eintreffen:

Am 1. November c. aus dem Bezirk des 1. Armee-Corps circa 625 Mann und die Rekruten aus dem Bezirk des 2. Armee-Corps ca. 640 Mann. Am 3. November: aus dem Bezirk des 3. Armee-Corps ca. 630 Rekruten, ca. 380 aus dem Bezirk des 4. Armee-Corps und aus dem Bezirk des 5. Armee-Corps ca. 550 Rekruten. Am 5. November: aus dem Bezirk des 6. Armee-Corps ca. 820 Rekruten, ca. 600 aus dem 7. Armee-Corps-Bezirk und aus dem 8. Armee-Corps-Bezirk ca. 545 Rekruten. Am 7. November: aus dem Bezirk des 9. Armee-Corps ca. 600 Rekruten, aus dem 10. Armee-Corps-Bezirk ca. 640 und aus dem 11. Armee-Corps-Bezirk ca. 415 Rekruten. Dieselben werden am dem Tage ihres Eintreffens hier selbst bequartiert werden und an den nachstfolgenden Tagen zur Einstellung bei den Truppentheilen gelangen.

Gestern Mittag fand in der Aula der Universität die

Dem verstorbenen Prinzen Albrecht

wurde im J. 1869 bei der Feier seines 50jährigen Dienstjubiläums und 60jährigen Geburtstags die Freude zu Theil, daß ihm der König einen Ehrensäbel überreichte. Derselbe war dem Säbel seines Dragoner-Regiments nachgebildet und mit reichen Goldverzierungen geschmückt. Born am Korb schmückte den Griff ein silberner Adler, oben ist ein goldener Löwentopf und darunter ein blau emailirter Schriftzug. Die Klinge enthält in erhabener Vergoldung die Namen der Gefechte und Schlachten, welche der Prinz mitgemacht, nämlich: Theobald-Büchsen-Offend, Pischcha, Alu Tschabel; Mübel, Heidekrug, Snogoi, Kirch-Düppe, Fridericia, Düppler Schanzen, Alsen, Münchensgräb, Gilschin, Königsgräb. Der Ehrensäbel lag in einem feinen Holzkasten, den massive Spangen aus Gold und Silber umfassen. Außerdem erhielt der Jubilar von seinem Sohne, seiner Tochter und seinem Schwiegersohn, dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg, auf hellblauem Kissen einen silbernen Eichenkranz. Das Kissen führt die goldgestickte Inschrift: „Am 4. Oktober 1869.“ Durch die Blätter des Ehrenkranzes schlingt sich ein goldenes Band, das die oben angeführten Schlachtnamen wie der Ehrensäbel trägt. Ueber die Betheiligung der Prinzen an einer russischen Expedition im Kaukasus, welche unseren Lesern weniger bekannt sein dürfte, lesen wir Folgendes:

Der Prinz, rastlos, hatte im Sommer 1862 eine Reise in das südliche Rußland und durch den Kaukasus bis an die persische Grenze unternommen. Zu seinem Gefolge gehörten damals sein Hofmarschall Oberst v. d. Schulenburg, früherer Kommandeur des Garde-Kürassier-Regiments, der Flügel-Adjutant Major v. Loß, der Major im Garde-Landwehr-Bataillon Graudent v. Neelam, sein persönlicher Adjutant Wittmeister Baron v. Malsahn, der Leibarzt Geh. Sanitäts-Rath Dr. Biding und sein alter Beamter Hofrath Ströhmer. Es herrschte damals gerade eine Pause in den langjährigen Kämpfen der Russen mit den Bergvölkern des Kaukasus, und der berühmten Führer der Muriden, Schamyl, hatte sich kurz vorher den Russen ergeben müssen. Aber

der Frieden ist dort eben eine gebrechliche Waare, und als der Prinz, der überall bei seiner Reise durch das Reich von seinem kaiserlichen Neffen mit hoher militärischer Auszeichnung empfangen worden war, auf der Tour von Odesa über Cherson und Taganrog nach Tiflis im Oktober gelangt war, hörte er, daß vom Kuban eine der alljährlichen Expeditionen in die wilden, noch nicht unterworfenen Bergdistricte und zwar nach den Flüssen Tschaja und Pischcha zur Erforschung des Terrains und Anlage von Durchbruch-Strassen unternommen werden sollte. Für die Prinzen des Hauses Hohenzollern hat der Klang von Schlachttrompeten eine eigene Verlockung! Sofort wurde von Poti am Schwarzen Meer die Rückreise nach Stavropol angetreten. Am 8. November kam der Prinz — der seit dem Ueber-schreiten der russischen Grenze schon die russische Generals-Uniform trug, — in diesem Hauptquartierplatz der nordöstlichen kaukasischen Armee (der Armee des Kuban) an. Der kommandirende General, Graf Jeddokimoff, ein alter, von unten auf avancirter Handegen, gab ihm Auskunft über die Expedition, die diesmal von Norden her in die Bergschuchten der Abadischen eindringen sollte, und sofort erklärte der Prinz, die Expedition unter allen Umständen mitmachen zu wollen. In aller Eile wurde die nöthige Ausrüstung besorgt u. schon am zweiten Tage brach der Prinz mit seinem Gefolge nach der Beste Mailkopp am Kuban auf. Unterwegs an der Kosaken-Stаница Farskaja warf bei der Gewaltfahrt der Wagen des Prinzen um, er wurde herabgeschleudert und mehrfach am Kopfe verletzt. Aber trotz der großen Schmerzen und der nöthigen Bandagen war das „Nitschowo!“ — Nichts! — wie der Russe zu sagen pflegt, und konnte den Hohenzollern an seinem Entschluß nicht hindern. Am 15. November Morgens rückte die Expedition aus und das Komvoi des Prinzen entfaltete nach russischem Brauch im Kaukasus seine schwarzweiße Adlerfahne. Die Expedition kehrte mit reicher Beute und zahlreichen Gefangenen nach Mailkopp am 23. November zurück, wobei er auf dem Rückmarsch noch einen harten Kampf mit den, die Truppen überfallenden Tscherkessen am Alu Chabl Esendi zu bestehen hatte. Kaiser Alexander verlieh dem Prinzen für diesen Zug das St. Georgenkreuz 4. Klasse, ein Orden, den selbst die

kaiserlichen Prinzen nur für persönliche Tapferkeit vor dem Feinde erwerben können, und dessen erste Klasse 1869 einzig König Wilhelm trug. Derselbe verlieh dem Prinzen bei dessen Rückkehr nach Berlin, die unter Besuch seines seit der Krönung den Namen des Chefs führenden Regiments in Tiflis erfolgte, die Schwerter zum Rothem Adler-Orden.

Ein Besuch bei Victor Schöffel.

Karlsruhe ist das „Klein-Residenzlingen“ aus Verthold Auerbachs altem „Gewattersmann“. Die badische Residenz ist keine Stadt für großes Leben, vielleicht aber desto besser geeignet für Künstler und Poeten. Die Ersteren, unter der Regide E. F. Pessings, des immer noch jugendfrischen Meisters, bilden sehr interessante gesellige Kreise, in welcher Geistesverwandte aller Art mit ihnen verkehren, aber der berühmte Poet des „Trompeter von Säckingen“ gehört nicht zur Gesellschaft. Seine Vorliebe fürs Stillleben ist die Ursache. „Man muß ihn also in seinem Hause aufsuchen, wenn man ihn kennen lernen will“, hieß es bei den Künstlern. Ich that, wie mir geheßen.

Wer in einem kleinen Paradiese wohnt, kann sehr leicht ein Still-lebender werden. Viktor Schöffel hat an seinem Hause einen herrlichen Garten, einen Park kann man ihn nennen, mit so vielen Poeten-Plätzchen, daß er für jedes Genre seines reichen Gemüthes, je nach der Stimmung, eine geeignete Umgebung wählen kann — er braucht die Außenwelt nicht. Mein Empfang war außerordentlich herzlich und es entspann sich sehr bald ein lebhaftes Gespräch. Noch waren damals die großen Ereignisse des Jahres 1870 nicht eingetreten, überhaupt lagen keine Ereignisse auf der Tagesordnung vor, wir konnten uns unterhalten über solche Dinge, die immer den besten Konversationsstoff abgeben, Literatur und Kunst und abschweifen auf Dichter und ihre Gesellen.

Plötzlich sprang Viktor Schöffel auf. „Sie sind ein Rheinländer“, rief er, und ich habe ganz vergessen, daß man im Rheinlande Morgens ein Glas Wein trinkt. Lassen sie uns dieser Sitte treu bleiben.“ Ich protestirte nur schwach, er lief schnell in den Keller und brachte eine

feierliche Einführung des neu gewählten Rektors, des Professors Dr. Gneist unter allgemeiner Theilnahme statt.

Der Feier ging ein Vortrag des scheidenden Rektors, Geh. Regierungsraths Professor Dr. Dove über die Verhältnisse der Universität voraus, von dem wir als allgemeineres Interesse in Anspruch nehmend, den Umständen erwähnen wollen, daß abweichend von weit verbreiteten Anschauungen über das Zurückgehen der Berliner Hochschule die Zahl der Studierenden fort und fort im konstanten Steigen begriffen ist. Gneist hielt, nachdem er den Rektoratsseid in vorgeschriebener Form in die Hände seines Amtsvorgängers abgelegt hatte, und nach hergebrachter Weise mit dem Mantel und den Insignien seines neuen Amtes umkleidet war, eine in vielen Beziehungen bedeutungsvolle Ansprache, in welcher er das Verhältnis der Hochschule zur Zeit beleuchtete. Sie muß sich, wenn anders sie ihre hohe Aufgabe auch in Zukunft erfüllen wolle, fern halten von der Grundrichtung unserer Zeit, von dem Streite der verschiedenen Interessen, von dem Jagen nach den Gütern des Glücks und der Lust. Ihre Schüler müssen die sittlichen Ideen von der Selbstbeherrschung der menschlichen Triebe durch die befriedigende That der Vernunft hinabtragen in alle die Kreise, in welche sie nach Beendigung ihrer Studien gelangen werden. Vor Allem aber haben sich Professoren wie Studenten davor zu hüten, daß sie, dem allgemeinen Beispiele folgend, Assoziationen zur Vertretung ihrer gesellschaftlichen Interessen bilden. Es giebt vom gesellschaftlichen Standpunkte aus kein besonderes Interesse der Studenten, und diese thun Unrecht daran, wenn sie, wie heute vielfach geschieht, sich zur Interessenvertretung und Wahrnehmung vermeintlicher Rechte gruppieren. Aus der Aufgabe der Deutschen Hochschule, die Wissenschaft und die Wahrheit ihrer selbst wegen zu pflegen, ergibt sich von selbst, daß auf ihnen die allgemeine Bildung nicht durch Gründung bloßer Fachakademien nach dem Muster des Auslandes verknümmert werden darf. — Professor Gneist schloß mit folgenden Worten:

Wenn nicht Alles trübt, so hat die heranwachsende Generation den schwersten Kampf zu bestehen gegen die Selbstsucht, die eigenen Begierden gegen den Streit der verschiedenen Interessen. Von den Professoren an unseren Akademien und Universitäten bis herab zu den Lehrern an der Dorfschule ist der Kampf zu führen, nicht nur gegen die Mächte der Verfinsternung und Gewissensfurchung, sondern auch gegen das Interessenspiel der Gesellschaftsklassen. Allen Ländern der Welt ist Deutschland in der Absehung des Wissenschaftswanges und der Aufrechterhaltung der Glaubensfreiheit vorgegangen; hoffen wir, daß es auch jenen anderen Kampf zuerst von allen anderen Nationen bestehen wird. Zum Siege kann uns dabei nur führen der deutsche Idealismus.

Wegen Uebertragung der Bau- und Straßen-Polizei an den hiesigen Magistrat sind bekanntlich schon seit einiger Zeit Verhandlungen zwischen Bedoßmütigen des Handels-Ministeriums, dem Kgl. Polizei-Präsidenten und dem Ober-Bürgermeister von Berlin im Gange. Doch ist, wie die „Spn. Btg.“ schreibt, augenblicklich noch wenig Aussicht auf Erfolg; es erheben sich namentlich ministerielle Bedenken gegen die Abgrenzung der Kompetenzen. Gleichzeitig ist aber die Rede davon, die Straßen-Polizei bedeutend zu reformieren, und zwar in einer Weise, welche nicht nur Berlin, sondern sämtlichen großen Städten des Reichs zu Gute kommen soll.

In dieser Woche werden der „D. R.-Korr.“ zufolge die Verhandlungen in Betreff der Errichtung des neuen Reichstagsgebäudes fortgesetzt werden. Geh. Rath Ulrich, welcher als Vertreter der Regierung bei denselben thätig ist, war durch eine Dienstreise in den letzten Wochen an der Fortführung dieser Arbeiten behindert. Er ist jedoch in den letzten Tagen wieder hierher zurückgekehrt.

Wie in der letzten sozialdemokratischen Volksversammlung mitgeteilt wurde, ist der sozialdemokratische Agitator, Bildhauer Paul Kersten, wegen einer von ihm in Kienerswalde gehaltenen Rede hier verhaftet worden. Ein gleiches Schicksal ist dem Agitator Stöhr in Schleswig laut eingegangener telegraphischer Depesche aus ähnlichen Gründen widerfahren.

Der für verschwunden gehaltene Dr. Brigel ist, wie die „Kr.-B.“ mittheilt, gestern in Berlin wieder zum Vorschein gekommen, dagegen meldet der Polizeibericht das Verschwinden des Kaufmannes Ulrich in aus Kowno. Derselbe stieg am 7. d. im Hotel de Hambourg in der Holzengasse ab, verließ das Hotel, nachdem ihm ein Zimmer angewiesen war, alsbald wieder, um auszugehen, und ist bis jetzt nicht zurückgekehrt.

Am 15. hat hier eine fast aus ganz Deutschland zahlreich besuchte Generalversammlung des deutschen Tabakvereins stattgefunden. Sie sprach sich einstimmig gegen jede Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer aus, und beschloß die Einreichung einer bezüglichen Petition und einer Denkschrift an den Bundesrath und den Reichstag.

Hannover, 14. Oktober. Ueber die Mißhandlung von Soldaten durch Vorgesetzte berichtet die „H. L.-Btg.“ wie folgt:

Der Musikföhrer Nr. 4. Comp. 74. Infanterie-Regiments kehrte krank und fast lahm aus Frankreich nach hier zurück. Der Hauptmann von N. und auch der Feldwebel glaubten indes, daß derselbe seine Krankheit simulire, und stellten nachfolgende Prozedur mit dem Unglücklichen auf: derselbe ward Morgens früh auf den Wiesenplatz gelegt, um hier den ganzen Tag über ohne jegliche Nahrung und jeder Witterung preisgegeben, zuzubringen. Abends ward derselbe in die Kaserne zurückgetragen. Anwohner der Geller Straße erbarmten sich

Flasche heraus, die ganz in Winsen eingeküllt war. „Aha, das ist etwas Feines“, bemerkte ich. „Wir wollen das erproben“, entgegnete er, „aber mehr noch als der Inhalt wird die Geschichte dieser Flasche Sie interessieren.“

„Aus der Pfalz“, begann er, „kommen von Zeit zu Zeit Birkulare über den Pfälzer Wein, die an Bombast Alles übertreffen, was in den Zeitungen an Reklamen geleistet wird. Eines Tages fällt mir wieder ein solches weinseliges Rundschreiben in die Hand und nun war das Un glaubliche geschehen, die Anpreisung war von oben bis unten mit meinen Versen gespickt. Das verdross mich, ich war gewissermaßen Mitschuldiger des posannenden Marktschreiers geworden. Also schreibe ich dem guten Manne, wenn er noch einmal von meinen Versen Gebrauch machen wolle, so bäte ich um vorherige Anfrage bei mir. Ich mußte doch die Erlaubnis zu erteilen das Recht haben, und demnach fände ich dann wohl auch Gelegenheit zu beurtheilen, ob die Verse auch auf einen guten Stoff angewendet seien.“

„Nach einiger Zeit kam aus Dürkheim eine Kiste mit fünf und zwanzig Flaschen wie diese da.“ — Wir lösten die Winsten und ich sah eine höchst elegante Etikette mit der Inschrift in Golddruck: „Dem rheinischen Dichter Victor Schöffel, gewidmet von dem Vereine der Pfälzischen Weinproduzenten.“ Sie baten mich, fuhr Schöffel fort, in einem sehr verbindlichen Schreiben, nun die Probe auf den Stoff, auf welchen meine Verse angewendet seien, zu machen — helfen Sie mir dabei!“

Ich schäumte mich denn auch nicht, die Römer klangen und der liebenswürdige Poet sagte: „Der beste Spaß ist mir: Diesen Wein habe ich erprobt!“ Zum Dank schrieb ich den Absendern:

Ihr Männer von Dürkheim und Deidesheim,
Mit Euch fühle der Dichter verwandt sich;
Ihr gebt ihm für einen einzigen Reim
Sogleich — fünf und zwanzig!“ —

Beim Absetzen des Glases entdeckte ich auf dem Tische — wir waren im Arbeitszimmer — einen Brief von Kindeshand. Höchstens acht Jahre konnte die Kleine sein, die Folgendes schrieb: „Lieber

jedoch des Unglücklichen und reichten ihm Speise und Trank; hierüber wurde der Herr Hauptmann erbittert, und um dieses zu inhibieren, ließ er sein Opfer auf den Kasernenhof setzen mit dem strengen Befehl, falls einer seiner Kameraden denselben etwas zustede, denselben mit scharfem Arrest zu bestrafen. Als dieses bei den Anwohnern der Geller Straße ruchbar wurde, machten dieselben beim Militär-Oberkommando Anzeige, und in Folge dessen wurde eine Untersuchung eingeleitet. Der Unglückliche wurde ins Hospital geschafft, und als derselbe soweit genesen war, daß er sich an Krücken fortbewegen konnte, unternahm er die Reise nach Berlin, um bei dem Kaiser diesen Fall zur Kenntniß zu bringen, dieses Glück wurde ihm jedoch nicht zu Theil, wohl aber erhielt er Audienz bei dem Kronprinzen, dem Prinzen Friedrich Karl und dem General v. Moltke, von welchen er durchaus freundlich empfangen wurde, und die seine Klagen bis in das Kleinste sich erzählen ließen. Die Untersuchung scheint jetzt beendet zu sein, denn der Hauptmann von N. ist vor etwa drei Wochen abgeführt worden, um 6 Monate Festung zu verbüßen. Was die übrigen Mitschuldigen für Strafe bekommen, ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Am 24. September, Abends, erkrankte sich von derselben Compagnie ein Rekrut. Dieser Unglückliche hatte fast beständig zerrissene Ohren und zerschundene Backen gehabt in Folge der Behandlung seines Unteroffiziers.“

Mainz, 13. Oktober. So eben fand die Enthüllung des Denkmals statt, welches die Stadt Mainz ihrem Ehrenbürger, dem verstorbenen Gouverneur Prinzen Waldemar von Schleswig-Holstein-Augustenburg auf seinem Grabe setzte. Die Betheiligung der Bürgerschaft aus allen Ständen war sehr groß. Die Garnison war durch das Offiziercorps und Deputationen der einzelnen Truppentheile vertreten. Bürgermeister Wallau hielt die Festrede, worauf der Festungskommandant General v. Werder an Stelle des abwesenden Gouverneurs eine Erwiderungsrede hielt, in welcher er das gute Einvernehmen zwischen Garnison und Bürgerschaft hervorhob. Als die Hülle des Denkmals fiel, donnerten die Kanonen von sämtlichen umliegenden Werken.

Vom Niederrhein, 13. Oktober, schreibt man der „Spn. Btg.“: Das mehr als kompromittierende Gefelesche Schriftstück erregt hier am Rhein kaum noch Verwunderung. Der schmachvolle nachweisbare Abfall des größeren Theiles des höheren und niederen Klerus von seiner innern bessern Ueberzeugung hat hier schon seit Jahr und Tag die gebildeten Klassen mit unnenbaren Gefühlen gegen einen Stand erfüllt, den hochzuschätzen man sie von Jugend auf gelehrt hatte.

Es ist hier für Niemanden, der offene Augen und Ohren hat, ein Geheimniß, daß ein großer Theil des Klerats in Rheinland und Westfalen innerlich nicht an die päpstliche Unfehlbarkeit glaubt, sondern nur äußerlich, um Unannehmlichkeiten und Verationen Seitens der Vorgesetzten zu entgehen, sich unterworfen hat. Auch an maßgebender Stelle war und ist dieses kein Geheimniß, und um einem möglichen Rückfall einiger oder vieler definitiv einen Riegel vorzuschicken, organisierte man seiner Zeit durch die Defanate die bekannten Zustimmungsdressen, welche einige Zeit nach dem Koncil Wochen lang die Spalten der großen ultramontanen Zeitungen füllten. Durch diese moralische Erpressung der Unterschriften wurden die unglücklichen Unterzeichner, nachdem sie das traurige Opfer gebracht hatten, persönlich engagiert. Es ist dem Einfender dieser Zeilen von mehr als einer Seite von Geistlichen mit Schmerz und Entrüstung über die moralische Nöthigung geklagt worden, die ihnen i. Z. befehl Erlangung ihrer Unterschrift zu jenen Zustimmungserklärungen angethan worden sei. Aber trotz aller jener Manöver und moralischer Nöthigungen ist es Thatsache, daß es hier am Rhein noch eine ganze Anzahl von Geistlichen giebt, die aus ihrer Nichtunterwerfung unter die neue vatikanische Glaubensbrannei kein Hehl machen. Selbst die heilige Stadt Köln, die Residenz des Erzbischofs Melchers, ist von solchen Elementen nicht frei geblieben, und die Sperlinge aus den Dächern wissen sich die Namen derjenigen Geistlichen zu, von denen die Stadt und Herr Melchers wissen, daß sie den neuen Glaubenssatz nicht annehmen haben und nicht annehmen werden. Der zeltische Erzbischof schweigt dazu; er wird selbst am Besten wissen, warum. Aber noch mehr. Auch seines Domkapitels soll der Erzbischof wenigstens in seiner Majorität nicht sicher sein. Man bezeichnet offen die Domkapitulare, die — wir lassen dahingestellt, ob mit Recht oder Unrecht — man für unverborgene Gegner des Unfehlbarkeitsdogmas hält.

Köln, 15. Okt. Die „K. B. Z.“ schreibt: „Die noch vorhandenen Exemplare des zweiten Blattes von Nr. 282 der „K. B. Z.“ wurden wegen des Korrespondenz-Artikels X. Baderborn, 11. Okt. worin mit Bezug auf die Jesuiten von den im Reichsstrafgesetzbuch vorgesehenen Fällen der Verhängung der Polizei-Aufsicht die Rede war, mit Bezug auf § 131 des Strafgesetzbuchs (Behauptung erdichteter und entstellter Thatsachen) polizeilich in Beschlag genommen.“

Koblenz, 15. Okt. Wie die „Rh.-u. M.-Btg.“ vernimmt, ist gestern den Patres Jesuiten der hiesigen Niederlassung auch die Ausübung jeder priesterlichen Handlung, also Messelesen u. unter-sagt worden.

Dichter Schöffel! Ach, was lese ich Deine Gedichte so gern und besonders den schwarzen Wallfisch von Askalon (ein achtjähriges Mädchen kennt dies ultrasidale Studentenlied!) und Papa und Mama lesen sie auch so gern, ich wollte Dich bitten, noch mehr zu schreiben. Deine Auguste!“ Diese aus einem kleinen badischen Orte anonym eingefandte Huldigung machte dem Autor mehr Vergnügen als alle lobüberschießenden Rezensionen.

Ich fand bei einem Besuche Anlaß, die persönliche Bekanntschaft zwischen Schöffel und Freiligrath zu vermitteln. Die beiden Dichter gaben sich in Folge dessen ein Rendezvous im Kloster Maulbronn und haben sich später noch öfter begegnet, denn Freiligrath gab mir im Frühling dieses Jahres ein Heftchen Verse, die er mit Schöffel und J. G. Fischer im Bunde geschrieben. Ein gemeinsamer Freund, der Ober-Amtsrichter Garshorn in Neckarsulm, hatte die drei Poeten während zweier aufeinander folgenden Jahren, in deren jedem ihm ein Sohn geboren worden, zu Gebatern gebeten. Freiligrath nannte in seiner ersten Tausdichtung die drei Pathen „Heilrätbe“, in seiner zweiten nahm er die rasch wiederholte Taufe aufs Korn und ermahnnte den Täufling:

Nur ein Bruder noch, nur Einer,
Darf Dir folgen, in der That!
Denn das gar zu viele Tausen
Greift uns Räthe mächtig an;
Immer Tausen, immer Tausen,
Daß man kaum verschmausen kann!

Zwar Freund Ganzhorn ist ein Kenner
Und sein Storch hat Klug gar,
Aber wir sind alte Männer,
Caspar, Melchior, Balthasar!

Können wir mit Harf und Psalter
Hinter seinen Storchlein drein,
Noch in unserm hohen Alter
Zimmern auf der Reise sein?

Victor Schöffel aber begrüßte den glücklichen Vater, der die Pathen-Poeten in seiner rebenumkränzten Behausung zu Neckarsulm so vor-

Elßaß-Lothringen. Zu Kolmar stellt sich nach dem „Asicien“ die Zahl der Optanten auf 6884 Personen heraus. Hier von haben jedoch nur etwa 500 Personen die Stadt verlassen. Von einem weiteren Wegzug ist keine Rede mehr, dagegen kehren täglich Leute von ihrer patriotischen Reise wieder in die heimische Stadt Kolmar zurück, da die in Frankreich zum Zweck der Aufnahme errichteten Baracken in Betrachtung der jetzigen Jahreszeit keineswegs zu den Annehmlichkeiten des Lebens zählen.

Die Freimaurerloge „Fidelité“ in Kolmar hat nach langen Verhandlungen den Beschluß ihrer Schließung gefaßt, und werden ohne Zweifel nun die übrigen Zweiglogen des französischen Grand-Orient bald mit demselben Schritte nachfolgen. In den Motiven der Auflösung spielt die Beschuldigung eine Hauptrolle, daß die deutschen Freimaurer stillschweigend oder thätig „Mitschuldige des Vergewaltigungswerkes gegen Elßaß-Lothringen geworden seien, dadurch das Recht auf die elßaß-lothringische Mitbürgererschaft verloren hätten, und in Folge dessen jede Beziehung zur Freimaurerei des deutschen Reiches abgebrochen werden müsse.“ Die Siegel und Aktenstücke der Loge wurden in den Archiven des Grand-Orients in Paris niedergelegt, die Bibliothek einer benachbarten französischen Loge übergeben, der Erlös des Mobilars und sonstige disponible Fonds der Unterstützungsgesellschaft für die elßaß-lothringische Ausgewanderten zu Unterstützungszwecken zugeschiedt.

De s t e r r e i c h.

Wien, 13. Okt. Die Verstimmung zwischen den verfassungstreuen Mitgliedern der Delegation und der Regierung scheint, trotzdem die Abstimmung über die Erhöhung des Präsenzstandes vorüber ist, doch noch nicht gewichen zu sein. Die Weigerung Rechbauers und Siguly's, eine Wahl in die Nuntienkommission, welche mit der entsprechenden Kommission der ungarischen Delegation die Differenzen zwischen den beiderseitigen Beschlüssen auszugleichen hat, anzunehmen, so wie die Erklärung Herbst's, daß man wohl für die Zukunft sich die Freiheit der Entschließung vorbehalten könne, daß man aber, so lange man einer Körperschaft angehöre, sich einer Funktion in derselben nicht wohl entziehen dürfe, deuten wohl darauf hin, daß den Führern der Verfassungspartei die Lust, sich in Zukunft noch an den Arbeiten der Delegation zu betheiligen, vergangen ist. Im Grunde genommen haben dieselben kein Recht zu einer solchen Sprache; ernten sie doch nur die Früchte der eigenen Kurzsichtigkeit. Allerdings ist die Klage eine berechtigte, daß die Delegationen, die doch aus dem Grundgedanken der vollständigen Parität beider Reichshälften geboren sind, alsbald eine schneidige Waffe gegen die Deutsch-Oesterreicher, ein Mittel der Macht und des entscheidenden Einflusses in allen Reichsangelegenheiten für die Ungarn geworden sind, aber wer trägt die Schuld daran? Nicht die Ungarn, sondern nur die Führer der Verfassungspartei, die seinerzeit das mögliche Abhängigkeitsverhältnis des Abgeordnetenhauses von den sieben Landtagen auch auf die Delegation ausdehnen zu müssen glaubten. Graf Beust war es, der diese Konzeption an den Föderalismus vorschlug, und die Führer der Verfassungspartei, die Herbst, Sigra, Rechbauer und wie sie Alle heißen, waren es, welche, um nur den Ausgleich endlich zu Stande zu bringen, sich beeilten, auf den Vorschlag des damaligen Reichskanzlers einzugehen, ohne die Tragweite desselben zuvor in Erwägung zu ziehen. (Nat. Z.)

Wien, 14. Oktober. Gestern fand hier die erste Hofstafel statt. Der „Presse“ wird darüber berichtet:

„Die gestrige Hofstafel im großen Speisesaal der königlichen Burg zu Wien begann um 5 Uhr. Zur Rechten des Kaisers saß Fürst Karl Auerberg, links Graf Andrássy, welcher die Honvedoberst-Uniform trug. Außerdem waren anwesend die Minister Kuhn, Holzgethan, Fürst Adolph Auerberg und Kaiser; die Delegierten Gablenz, Hartung, Tschabuschnig, Sigra, Herbst, Pasolini, Koser, Grocholski, Zyblikiewicz, Rechbauer, Siguly, Kübeck, Polskar, Greuter, Danilo und Kos. Die Polen waren in Nationaltracht erschienen. Ungarischerseits waren der Hofstafel beigegeben: Horvath, Pauler, Erzbischof Hajnald, Trefort, Sennyey. Der Kaiser war sehr freundlich und sprach am längsten mit Andrássy, Sennyey und Kuhn. Zu Baron Kos bemerkte er, es freue ihn, daß er der einzige Delegierte Böhmens war, welcher für die Regierung stimme, zu Greuter, der im Hausprälatenkleid als päpstlicher Kammerer erschien, sagte der Monarch, Tirol werde immer festhalten an Kaiser und Reich. Außerdem sprach der Kaiser längere Zeit mit Polskar, Kübeck, Grocholski, Danilo. Mit Herbst und Sigra wechselte er nur wenige Worte. Die Konversation wurde in deutscher Sprache geführt. Heute findet die zweite Hofstafel statt.“

Wien, 15. Oktober. Die österreichischen Minister sind gestern Nachts abgereist, kommen jedoch Sonntag oder Montag wieder zurück. In den bisherigen Verhandlungen über die Bankfrage, die sich offiziell ausschließlich zwischen den beiden Ministerien bewegten, während mit den anwesenden Bankvertretern bloß private Besprechungen stattfanden, Fortsetzung in der Beilage.

trefflich bewirthete und ihnen namentlich ein eigenes Gewächs kredenzte hatte, welches er vom Kometenjahr 1857 her den Kometenwein nannte:

Und fahr' ich einst wieder daher durch die Welt,
Nach Reben, nach Bergen und Hopsen —
Dort, wo die Sulm in den Neckar fällt,
Will ich an das Amtsgesicht klopfen.

Dort amtet ein wacker, ein trinkbarer Mann,
Dem Fremden unfeind und willig,
Dort wird dem Klopfsenden ausgethan
Und Jedem, was recht ist und billig.

Und soll mir ein Urtheil gesprochen sein,
Ich lasse mich, ohne zu murren,
Zu Wasser und Brot und Kometenwein
Von ihm auf drei Tage verkuren.

(Rheinische Btg.)

* **Ueber den Eisenbahnunfall** im großen Tunnel durch den Mont-Cenis bringt „Kansulla“ folgende genauere Nachrichten: „Am Sonntag, den 6. Oktober, sollte der aus Frankreich kommende Omnibuszug von Modane abgehen. Man fragte telegraphisch in Bardonecche an, ob der Tunnel frei sei, und da die Antwort bejahend lautete, ging der Zug ab. Derselbe war einige Kilometer weit in die Galerie hineingefahren, als der Maschinist wahrnahm, daß auf seinem Geleise Frachtwaggons standen. Zum Bremsen war es zu spät, und es erfolgte ein furchtbarer Zusammenstoß. Die Erschütterung, das Geschrei der Verwundeten, die Dunkelheit, alles das brachte einen Moment unbeschreiblichen Schreckens hervor; die Verwirrung war grenzenlos, und der Rauch drohte die Reisenden zu erstickern. Man erfuhr, daß Geizer und Maschinisten schwer verletzt waren. Von den Passagieren waren fünf oder sechs leicht verletzt, alle aber vom Schrecken übermannt. Endlich kommt eine Lokomotive von Modane, um den Zug weiter zu treiben. Vergebliche Mühe: die Räder der Maschine drehten sich, ohne einen wirklichen Druck auf die schwere Masse auszuüben, welche die Steigerung des Tunnels zu überwinden hatte. Der Zug mußte nach Modane zurück und später nach Turin, wo er am folgenden Tage gegen 6 Uhr Morgens ankam. Die beiden Waggons, welche das Unglück herbeigeführt, hatten sich von einem Güterzuge abgelöst, indem die Ketten zerrissen waren.“

Tagesübersicht.

Posen, 17. Oktober.

Die halbamtliche „Provinzial-Korrespondenz“, welche jeden Mittwoch Mittags in Berlin angesetzt wird, bringt in ihrer letzten Nummer über die Denkschrift der deutschen Bischöfe zwei Artikel, von denen wir den zweiten schon in unserem Morgenblatte mitgeteilt haben, denn er ist der wichtigere, weil er eine Art Regierungsprogramm enthält, und war uns deshalb schon gestern auszüglich durch den Telegraphen signalisiert worden. Aber auch der erste Artikel ist so interessant, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. (S. unter Berlin.)

Der Brief des Bischofs v. Hefele wird heute von der „Germania“ zwar nicht abgedruckt, aber wenigstens beiläufig erwähnt. Das ultramontane Blatt schreibt über denselben wie folgt: „Wenn der Brief echt ist, so ist er ein Beweis dafür, welche schweren inneren Kampf der Herr Bischof hat durchkämpfen müssen, um sich den Entscheidungen des vatikanischen Konzils schließlich doch zu unterwerfen. Die „liberale“ Presse spricht hierbei viel von der „Gesinnungslosigkeit“ des Bischofs, und von ihrem Standpunkte aus hat sie Recht. Wir haben aber schon neulich erklärt, daß bezüglich des Verhaltens derjenigen Bischöfe, welche auf dem Konzil „opponiert“ haben, nicht der liberale, sondern der katholische Standpunkt maßgebend ist, und von diesem aus heißt es: Demuth und Unterwerfung!“ — Wir würden diese Bemerkungen nicht hervorheben, bemerkt hierzu die „Spen. Btg.“ wenn sie nicht in etwas mürrisch resigniertem Tone sehr beachtenswerthe Eingeständnisse enthielten. Für einen katholischen Bischof giebt es einem Aussprüche Roms gegenüber keine Gesinnung mehr, sondern nur „Demuth und Unterwerfung!“ In der That, glänzender hätte die vielbesprochene Staatsgefährlichkeit des Infallibilitätsdogmas gar nicht dargelegt werden können, als es hier von dem ultramontanen Blatte geschieht. Das eben ist ja das Furchtbare an diesem Dogma, daß vor demselben die Ueberzeugungen der bisher achtbarsten Männer wie Spreu im Winde dahinfahren sind und künftig bei jedem neuen Anlaß wieder dahingefahren werden. Wie kann eine weltliche und obendrein andersgläubige Regierung künftig den Gehorsamsbetheuerungen von Männern glauben, die keine „Gesinnung“, sondern nur noch „Demuth und Unterwerfung“ gegen Rom haben und deren Gewissen nach den eigenen Worten des Bischofs von Hefele, auf dem Altar des Gehorsams „abgeschlachtet“ sind? Mit Recht erinnert die „Dresdner konstitutionelle Zeitung“ bei diesem Anlaß den apostolischen Vater für das Königreich Sachsen und Bischof von Leontopolis in partibus infidelium, Fortwerk, als Mitunterzeichner der Fuldaer Denkschrift daran, daß ihn sein Eid als Mitglied der sächsischen ersten Kammer zur Beobachtung der Landesgesetze verpflichtet, daß zu diesen Landesgesetzen auch das Reichsgesetz gegen die Jesuiten gehört, und daß er sich deshalb durch die Unterzeichnung der Fuldaer Denkschrift zu diesen Pflichten in ein schiefes Verhältnis gesetzt hat. Das Gleiche konnte, um bei wenigen Beispielen zu bleiben, schon früher von den drei bischöflichen Mitgliedern der bairischen Reichsrathskammer gelten, welche trotz ihres Eides auf die bairische Verfassung mit ihren Bestimmungen über das königliche Placet das letztere durch die Verkündung des neuen Dogmas rückwärtslos übertraten. Man hat für solche Fälle die bequeme Ausrede zur Hand, „daß man Gott mehr gehorchen müsse, als den Menschen.“ Seitdem aber für Katholiken einfach der Papst bestimmt, was Gott in dem gegebenen Falle befehlt, oder prägnant ausgedrückt, seit aus dem „Papst-König“ der „Papst-Gott“ geworden ist, kann es gewiß keiner Staatsregierung verdacht werden, wenn sie politische Eide katholischer Würdenträger für eine leidlich leichte Waare ansieht.

Je näher der Tag der Wahlen, der 20. d. M. rückt, desto mehr rühren sich in Frankreich die Parteien, und Alle machen ihre Vorbereitungen für den nahen Kampf. Auch das „Journal des Débats“ bringt wieder einen Wahlartikel, worin es sein Stichwort für die sechs Departements, die einen Vertreter für die Nationalversammlung zu wählen haben, wiederholt: „Weder Royalisten noch Radikale!“ Jedes Mal, wo ein Kandidat, wie Foubres im Calvados erklärt: „Ich bin kein Republikaner!“ soll man sich von ihm zurückziehen. Schließlich giebt es zu bedenken: „Wir haben keine Wahlen auf lange Dauer vor der Hand. Es gilt daher, mehr als an die Zukunft, an den jetzigen Augenblick zu denken.“

Louis Blanc wollte ebenfalls zu Wahlzwecken, nach Gambetta's Beispiel, eine Rundreise durch Frankreich machen und in la Rochelle einen Vortrag halten, woran ihn jedoch die Regierung hinderte. Er fügte sich und sprach nicht, „weil dem Gesetze Folge geleistet werden müsse“, aber er läßt jetzt in den radikalen Blättern den sechs Spalten füllenden Vortrag abdrucken, den er in la Rochelle zu halten verhindert wurde. Im Eingange werden die Zwecke auseinandergesetzt, welche die Radikalen verfolgen, und dann die Gründe besprochen, welche die Radikalen bestimmen, gegen den Friedensvertrag zu stimmen, später aber Herrn Thiers in seiner Politik zu unterstützen und ihre eigenen Prinzipien so oft zum Opfer zu bringen. Herr Louis Blanc versichert ferner, daß, wenn die Radikalen an der Regierung gewesen wären, es keinen Kommuneausstand gegeben hätte. Von den radikalen Kandidaten von Bordeaux sind die Herren Mie und Dupouy (der Eine ein Nebenbuhler, der Andere ein Schützling Gambetta's) zurückgetreten und haben dem Herrn Caduc, Advokaten in la Rochelle, das Feld geräumt.

Das „Bulletin Confédération Republicain“, das Organ des linken Zentrums, rückt mit der Sprache heraus und sagt: Der „eheliche Versuch“ sei zu Ende, das müsse alle heftigsten Männer befriedigen und alle Furchtsamen beruhigen. Die Republik sei ohne Erschütterung zu befestigen und die Kammer werde dieses sofort thun müssen. Um des nächsten Tages sicher zu sein, müsse die Dauer der Amtsgewalt des Herrn Thiers fest bestimmt, ein Vizepräsident der Republik ernannt, das Zweikammersystem eingeführt und die Nationalversammlung zu einem Drittel oder einem Viertel erneuert und die Regierung endlich so fest hingestellt werden, daß die, welche dann noch deren Form ändern wollten, als Verschwörer erschienen. Das linke Zentrum müsse offen zeigen, daß es sich von dem Radikalismus wie von der Reaktion gleich weit entfernt halten und die Republik so gründen wolle, wie sie vom Lande und von Europa gebilligt werden könne. Herr Thiers hoffe, überall seine Kandidaten durchzubringen, während Herr Gambetta, der die radikale Wahlbewegung von den Bureaus der „Republique française“ aus leitet, gleiche Hoffnung hegt. Die Aussichten sind aber jedenfalls für Herrn Thiers am günstigsten.

Daß die italienische Panzerflotte sich nach der Levante begeben soll, entbehrt glaubwürdigen Nachrichten zufolge, jeden Grundes. — In klerikalen Kreisen erzählt man sich, der Dubliner Erzbischof, Kardinal Fallon, bestrebt darauf, daß der Papst sobald als möglich Rom

verlasse; Pio IX. aber sei nicht geneigt, dem Drängen des Kardinals nachzugeben, und sei jetzt mehr als je fest entschlossen in Rom zu bleiben.

Aus Rußland kommen widersprechende Gerichte über den Krieg mit Chiwa. Unser Korrespondent hat andere Nachrichten gegenüber bereits mitgeteilt, daß der Generalgouverneur von Taschkent, Hr. von Kaufmann, der doch das Oberkommando der gegen Chiwa marschierenden Armee haben würde, noch ruhig in Petersburg sitzt. Trotzdem ist der Krieg vielleicht nur eine Frage der Zeit. Denn Rußlands Begehrlichkeit findet zu großen Anreiz in dem Besitz des chiwaer Landes, das ihm einen ungeheuren Markt für seine Manufakturen sichern und ihm die Möglichkeit bieten würde sich vorzügliche Baumwolle in größter Quantität zu verschaffen. Durch den Besitz Chiwas würde Rußland das größte baumwollbauende Land der Welt werden. Der Weg nach Chiwa geht heute von Kasasjarowatz aus durch die fruchtbarsten Gegenden; die Wüste am Aralsee, in der die Knochen der Expeditionsarmee von 1854 bleichen, hat aufgehört eine Schutzmauer für Chiwa zu sein.

Die Erhebung der spanischen Föderativrepublikaner scheint gescheitert. Die Bevölkerung von Ferrol ist ihnen nicht beigetreten die den Kriegshafen beherrschenden Kastele werden von entschlossenen Befehlshabern für die Regierung gehalten, ein wiederholter Versuch der Insurgenten gegen die im Hafen liegende Fregatte „Asturia“ ist mißlungen, Truppen sind zur Rückeroberung von Stadt und Arsenal im Anmarsch und unter den Aufständischen herrscht Anarchie. Soweit die offiziellen Regierungstelegramme, die mit ungewöhnlicher Bestimmtheit reden und sich seit drei Tagen, auffällig genug, nicht widersprochen haben. In Katalonien dauert nach Londoner Blättern der Aufstand unverändert aber ohne bedeutendes Umsichgreifen fort.

Für das auf dieser Seite folgende übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Körperschönheit durch Pflege der Haut.

An den Kgl. Hoflieferanten Hrn. Johann Hoff in Berlin. Wien, 12. Mai 1872. Ihre Malzseifen und Malzpomaden sind die besten Toilettenmittel; erstere macht die Haut zart und fein, letztere verschönert das Haupthaar. (Mediz. Zeitschriften von Dr. Hirschfeld — Fschl., Dr. Schnitzler und Dr. Warbreyer in Wien.)

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmplatz 6; in Neutomysel Herr A. Hoffbauer; in Deutschenthal Herr H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Herren Cassariel & Co.; in Schroda Herr Fischel Baum; in Wągrowitz Herr Herrm. Ziegel; in Pleschen: L. Zboralski.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalescière Du Barry von London.“

Keine Krankheit vermag der delikaten Revalescière du Barry zu widerstehen und bewährt sich dieselbe ohne Medicin und ohne Kosten bei allen Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindel, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserhusten, Fieber, Schwindel, Blutauswurf, steifen, Ohrenbräusen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 72,000 Certifikaten, die aller Medicin widerstanden:

Certificat Nr. 57.942.

Glainach, 14. Juli 1867. Ihrer Revalescière habe ich nächst Gott in meinen furchtbaren Magen- und Nervenkrankheiten das Leben zu verdanken.

Johann Godez, Provisor der Pfarre Glainach, Post Unterbergen bei Klagenfurt.

Certificat Nr. 62.911.

Weskau, 14. September 1868. Da ich jahrelang für chronische Hämorrhoidalleiden, Leberkrankheit und Verstopfung alle mögliche ärztliche Hilfe ohne Erfolg angewendet, so nahm ich in Verzweiflung meine Zuflucht zu Ihrer Revalescière. Ich kann dem lieben Gott und Ihnen nicht genug danken für diese köstliche Gabe der Natur, die für mich die unberechenbarste Wohlthat gewesen ist.

Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Argentinien.

In Bleiblichen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière Chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalescière-Biscuits in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen: Rothe Apotheke A. Pfuhl, Krug & Fabricius, F. Fromm, Jakob Schellinger, Edhne, in Posen: F. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Jul. Schottländer, in Graudenz bei Frits Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwark, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessenhändlern.

Unterleib.

R. F. Daubitz'scher
Magenbitter*)
fabricirt vom Apotheker
R. F. Daubitz,
Berlin, Charlottenstr. 19.

Magenbeschwerden.

*) Niederlage bei: C. A. Brzozowski und F. Meyer & Co. in Posen. — F. J. Bodin in Bielefeld. — W. G. Nisch in Schneidemühl. — Ador. Frankstadt in Czarnikau. — G. E. Broda in Oberspelo. — C. Isakiewicz Nachf. in Bolkstein. — D. Kempner in Grätz. — Wolf Litzauer in Polajewo. — Mannheim Sternberg in Pleschen. — Aug. Müller in Schmiedel. — Sam. Pulvermacher in Gnesen. — A. E. Weimann in Rogasen. — A. Hofbauer in Neutomysel. — Th. Ruland in Pinné. — Rob. Stemmler in Schönlanke. — Caspriel & Co. in Schrimm.

Die Oppeln-Tarnowitzer Kalk-Gesellschaft beabsichtigt ihr an der Station Keltz der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn bezeugenes **Kalk-Brennerei-Etablissement** nebst der vom Dominium Keltz seiner Zeit erworbenen Pacht- und Kalklager-Nutzungs-Rechten zu veräußern. Die näheren Ausweise über das Object der Veräußerung werden auf portofreier Verlangen und gegen Einsendung von 10 Sgr. Copialien von der Unterzeichneten mitgeteilt.

Angebote werden bis zum 15. November c. entgegengenommen. Zuschlag und Uebergabe können demnächst binnen kurzer Frist erfolgen.

Breslau, den 14. October 1872.

Direction der Oppeln-Tarnowitzer Kalk-Gesellschaft.

Preussische Hypotheken-Actien-Bank, Berlin.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir den Herren

A. Rahmer & Co. in Posen

die General-Agentur für die Provinz Posen übertragen haben. Berlin, im August 1872.

Die Haupt-Direction. Spiohagen.

Die **Preussische Hypotheken-Actien-Bank** bewilligt unkündbare und kündbare Hypotheken-Darlehen, beleiht Hypotheken-Dokumente, vermittelt hypothekarische Darlehen, macht überhaupt jedes Geschäft, welches geeignet ist, den Hypothekenverkehr zu erleichtern und zu fördern.

Zur Entgegennahme von Anträgen und zu jeder Auskunft sind wir gern bereit.

A. Rahmer & Co., Bankgeschäft, Friedrichstraße 32b.

Wichtig für Brennerei-Besitzer.

Unter holländ. Bezugnahme auf unsere früher Offerte, den **Hollefreund'schen Malzverzuckerungs-Apparat** betreffend, gestatten wir uns hierdurch den Herren Brennereibesitzern der Provinzen Schlesien und Posen anzuzeigen, daß in der Brennerei des Herrn

Rohr auf Lang-Guhle b. Bojanowo,

ein von uns gefertigter **Hollefreund'scher Apparat** seit einigen Wochen durch uns in Betrieb gesetzt wurde, dessen Resultate als glänzend zu bezeichnen sind. Der Herr Ritttergutsherr Rohr auf Lang-Guhle wird gern bereit sein, Interessenten den Zutritt in seine Brennerei resp. die Besichtigung des **Hollefreund'schen Apparats** zu gestatten, sowie auch bezüglich Anfragen über Leistung desselben von Herrn Rohr gern eine Beantwortung finden dürften. Auch ist der Herr

Brennerei-Direktor Adolph Meyer in Breslau, Grünstr. 5 bereit, jede bezüglich Auskunft über Betrieb und Leistung uns. Apparates anzugeben.

Noch wollen wir in Erwähnung bringen, daß wir für diese Campaigne circa

80 Apparate

für Deutschland gebaut haben, welche bereits arbeiten oder demnächst in Betrieb kommen.

Wir empfehlen uns zur Fertigung und liefern auf Verlangen qu. Apparat innerhalb 2—3 Wochen und besorgen dessen Aufstellung und Inbetriebsetzung während der Campaigne bei einer Betriebseinstellung von 8—10 Tagen. Halle a. d. S.

Wegelin & Hübner, A. Wernicke,

Maschinen-Fabrik.

Kupfer- u. Messingwaaren-Fabrik.

Schon am 6. und 7. November

finden die Gewinnziehungen 1. Klasse der von kais. und königl. Regierung genehmigten und in der ganzen k. Monarchie erlaubten Frankfurter Lotterie statt.

Es ist dies die letzte Frankfurter Stadtlotterie, und daher hiermit zum letzten Male Gelegenheit geboten, das große Loos von ev. 200.000 Gulden.

sowie weitere Gewinne von fl. 50.000, 25.000, 2mal 20.000, 2mal 15.000, 2mal 12.000, 2mal 10.000, etc. erlangen zu können.

Ein ganzes Original-Loos 1. Klasse kostet planmäßig: Thlr. 2. 13, ein halbes Thlr. 1. 22, ein Viertel nur 26 Sgr. Die unterzeichneten, amtlich befestigten Hauptkollektoren werden geneigte Aufträge gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages pünktlich ausführen, und belieben daher solche nur direkt an eine der unterzeichneten Firmen baldigst gelangen zu lassen.

Rudolph Strauss,
Hauptkollektor

Moritz Levy,
Hauptkollektor

in Frankfurt am Main.

Von **Bordeaux nach Stettin**
Dampfer „Arcturus“ gegen den 25. c.
Näheres bei

H. Pohl in Bordeaux.

Proschwitzky & Hofrichter in Stettin.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 17. Oktober.

— Das der Ostdeutschen Bank und der Ostdeutschen Produktenbank gehörige Mühlenetablisement Przechowo bei Schwetz ist von denselben an einige Besitzer der dortigen Gegend mit erheblichem Gewinn verkauft worden.

— Das Konsortium, welches vor längerer Zeit die Stamm-Prioritäts-Aktien der Dels-Gnesener Bahn übernommen, hatte damals die Bedingung gestellt, daß die staatliche Koncession für die Bahn bis zum 1. Juni d. J. erteilt sein müsse. Nun datirt die Koncessions-Urkunde aber vom 17. Juni. Es dürfte dieser Umstand wahrscheinlich den Grund abgeben, daß das in Rede stehende Konsortium sich auflöst, indessen fügt die „B. Bz.“ hinzu, daß bereits von einer anderen Seite annehmbare Offerten für Uebernahme der quästionirten Stamm-Aktien vorliegen.

— Der „Diennik Bojanski“ bringt einen leitenden Artikel, welcher sich in sehr vernünftiger Weise über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ausspricht, so daß wir denselben hier wiedergeben. Der Artikel, welcher jedenfalls der Redaktion eingesandt worden ist, lautet:

Wir wissen nicht, woher es kommt, daß gerade die polnische Bevölkerung das geringste Interesse an der städtischen Verwaltung zeigt. Wir fragen, daß man uns durch die Schule germanisirt; wir beschweren uns über Vergeßlichkeit unserer Rechte bei der Besetzung von städtischen Ämtern; wir schreien, daß oft Entscheidungen getroffen werden, ohne daß wir befragt worden sind und vergessen, daß wir gerade selbst daran Schuld sind, nicht allein in der Provinz, sondern auch hier in Posen. Nur ein schlecht verstandenes Interesse kann uns raten, daß wir uns vom Zahlen der kommunalen Steuern befreien, und dennoch bedienen sich unsere Bürger der verschiedensten selbst unwürdigen Mittel, um sich entweder gänzlich von der Einkommensteuer zu befreien, oder doch um sie auf ein Minimum zu reduzieren. Wir haben die Beweise hierfür in Händen, daß Handwerker und Industrielle der Stadt Posen, welche mehr als 800 Thaler jährlich Einkommen haben, eine Einkommensteuer von 200 Thlr. zahlen. Wir wollen hier keinen Namen nennen, aber es ist unmöglich; hier einen Umstand zu verschweigen, welcher unsere obige Behauptung klar beweist. Ein ganzer Stadttheil Posens, die Wallischei, zahlt noch nicht so viel Einkommensteuer, wie ein jüdischer Kaufmann, Herr Jaffe. Es ist uns in diesem Augenblicke schwer, mit mathematischer Genauigkeit die Repartition der Einkommensteuer auf die Wallischeibürger nachzuweisen, aber so viel steht fest, daß diese Thatfache so in die Augen springend ist, daß sie selbst Denjenigen verdächtig vorkommen muß, welche mit den Verhältnissen der Wallischei unbekannt sind; denn wer könnte, ohne Mißtrauen zu fassen, glauben, daß ein Posener Kaufmann mehr wiegen soll, als ein ganzer Stadttheil, der aus einigen Tausend Bürgern besteht? Und doch gebt gerade die Wallischei zu den eminent polnischen Stadttheilen! Wir vergessen, daß, wenn wir den Abgabenzahlen ausweichen, wir den anderen Bürgern Unrecht thun, denn dann kommt bei der Repartition der Kommunalsteuern ein größerer Prozentsatz auf den Einzelnen. Man muß aber nicht vergessen, daß das Budget der Stadt Posen ein verhältnismäßig hohes ist und von dem Abgabenzahlen entziehen, so begehen wir außerdem ein großes Unrecht gegen das nationale Interesse, da dadurch die Leitung der Gemeindeangelegenheiten unsern Händen entfliehet. Indem wir so einige, oder selbst einige Zehner Thaler jährlich Nutzen haben, üben wir ein großes, moralisches Unrecht aus wider uns selbst, wider unsere Nationalität. Deshalb auch wird die Schule ohne uns, oder besser gegen uns eingerichtet und eben so fast alle übrigen Schulen. Wir führen laufend schöner Phrasen im Munde, aber wenn es dazu kommt, einige Thaler mehr zu bezahlen, welche in moralischer und materieller Rücksicht ungeheurer rentiren würden, da verschließen wir unsere Taschen hermetisch. Die Bürgerpflicht „wird mit Taten und nicht mit Worten erfüllt, und das Vaterland liebt nur denjenigen wirklich, der für dasselbe arbeitet, und nicht bloß von ihm lebt.“ Heute, wo die Wahlen schon vor der Thür, und die Wählerlisten nach der vorjährigen Einschätzung angelegt sind, ist es schwer um Erhöhung der Einkommensteuer zu reklamiren, aber wir müssen uns bemühen, dieses uns durch uns selbst zugefügte Unrecht gut zu machen und in diesem wichtigen Augenblicke uns nicht von den Wahlen fern halten. Der Wahltermin ist noch nicht veröffentlicht, aber schon heute muß sich Jeder darum bemühen, daß er in die Wählerliste eingetragen werde.

— Die Generalversammlung des landwirtschaftlichen Hauptvereins im Reg.-Bezirk Posen, welche am 15. Oktober Vormittags unter lebhafter Theilnahme in Mylius' Hotel stattfand, wurde durch den Präsidenten des Vereins, Hrn. v. Tempelhoff-Dombrowska, eröffnet. — Es wird sofort zur Erlebung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung: Wahl des Vorstandes für die nächste 6-jährige Wahlperiode, geschritten. Sämmtliche 21, von den stimmberechtigten Delegirten abgegebenen Stimmzettel sind mit dem Namen des Hrn. Kennemann-Klenka bezeichnet. Dieser nimmt die Wahl an, spricht der Versammlung seinen Dank für das ihm geschenkte Vertrauen aus und erklärt, er werde den Verein im Sinne und Geiste seines Vorgängers weiter leiten im Vertrauen auf die bewährte Kraft des Hrn. Dr. Peters, auf den Beistand seitens der Vereinsmitglieder, sowie auf das hoffentlich immer mehr wachsende Interesse für den Verein. Sein Vorgänger habe dies Interesse öfters vernimmt, sei jedoch vollkommen berechtigt, auf die Resultate seiner Thätigkeit mit Genugthuung zurückblicken zu können; er selbst hoffe, daß ihm ein Gleiches zu Theil werde, und erjuche die bisherigen Präsidenten, für heute den Vorsitz noch beizubehalten zu wollen. — Herr v. Tempelhoff erklärt, er habe gefühlt, daß seine Kräfte erlahmen, und daß er nicht mehr im Stande sei, die von ihm bisher inne gehabte Stelle mit Erfolg auszufüllen; der landwirtschaftliche Stand in unserer Provinz habe mit Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen; zur Leistung dieser Kämpfe reiche seine Kraft nicht mehr aus; er habe deshalb wegen von vornherein eine auf ihn etwa fallende Wiederwahl abgelehnt. Er hoffe, daß es seinem Nachfolger gelingen werde, den Verein zu fröhlicherer Entwicklung zu bringen, und sei bereit, für heute noch den Vorsitz beizubehalten. — Hr. Witt-Bogdanowo spricht darauf im Namen des Vereines Hrn. v. Tempelhoff den Dank für die Verdienste aus, welche sich derselbe durch seine langjährige schöpferische Thätigkeit, sowie durch seine uneigennütziges Mithaltung um den Verein erworben. Vor Gründung des Hauptvereins habe der Reg.-Bezirk eine Zentralisirung seiner landwirtschaftlichen Vereine bereits erreicht, und in den südlichen Kreisen der Provinz habe der Kaiser Verein ein reges Leben geführt, während in den übrigen Kreisen des Regierungsbezirks Posen die einzelnen deutschen Vereine ein stilles Dasein im Verborgenen fristeten. Namentlich habe es an einem Hauptgefecht, welches zu gemeinsamen Bestrebungen auffordern, oder solche in die Hand nehmen, befördern und zur Wirksamkeit hätte bringen können. Damals habe der Verein zur Förderung der Pferde- und Rindviehzucht existirt, welcher in Kämpfen zwischen den beiden Nationalitäten über den Vorzug und im Arrangiren recht müßiger, nichtsagender Aufstellungen auf dem Kanonensplatz sein eckiges Dasein fristete. Das sei nun anders geworden: seit Gründung des Hauptvereins und seit der Thätigkeit des bisherigen Vorsitzenden hätten sich die deutschen Vereine demselben zu gemeinsamem regen Streben angeschlossen, wodurch das landwirtschaftliche Interesse wesentlich gefördert worden sei. Namentlich hätten mehrere große Aufstellungen unter persönlicher Leitung des Hrn. v. Tempelhoff ein Zeugniß abgelegt für den entwickelten Grad unserer landwirtschaftlichen Leistungen, die sich denen anderer Provinzen völlig an die Seite stellen könnten, und fördernd, ermunternd und belehrend weit über die Kreise hinausreichen, für die sie eigentlich bestimmt waren. Die Anregung dazu gegeben, die mühsame Leitung übernommen zu haben, sei zumeist das Verdienst des Hrn. v. Tempelhoff. Eine andere Seite der anregenden

des Verhältnisses uns der Stunde näher bringt, wo ohne Beschwerde die bestehenden Steuern vermindert werden können.“ Was will man mehr! Der „Soir“ rechnet sogar heraus, daß diese acht Monate 1872 um 800 Millionen den Verkehr der gleichen Frist von 1869 übertreffen, so daß bei gleicher Lebhaftigkeit diese Differenz zu Ende des Jahres eine Milliarde betragen wird. Also die schöne Zeit des Empire ist von der Goldperiode der Republik des Herrn Thiers überflügelt worden! Der „Soir“ fügt klug und weise hinzu: „Der Aufschwung im Handel und Wandel führt zum Aufschwung des Privatvermögens, und der Reichtum der Privaten bildet den Reichtum des Staates.“ — In Blois redet man von dem Anfange eines Wunders; die Wallfahrt nach Lourdes soll in dem Zustande eines dortigen Kranken einwohners eine merkwürdige Besserung bewirkt haben, welche augenscheinlich nur dem Wasser der Quelle oder vielmehr der wunderthätigen Einwirkung der heil. Jungfrau aus dieses Wasser zuschreiben ist; indessen sind die Ultramontanen des Dites damit noch nicht zufrieden, sie warten noch die vollständige Heilung des Kranken ab, die nicht zweifelhaft ist. Jedoch haben die Führer der Bewegung nicht gerade zunächst die Wunder in Lourdes gesucht. Die Bischöfe zogen hin, dem Drange ihrer abergläubischen und phantastischen Frommen sowie dem Wunsche einiger hochgestellter Personen nachgebend. Diese Letzteren, die wirklichen Führer, sind politische Leute, die sich in Aussicht auf die neuen Wahlen bemerken machen und sich eine zukünftige Stellung vorbereiten wollen bei dem neuen Monarchen, von dem sie träumen. Einige bonapartistische Deputirte haben versucht, sich unter den Häufen zu mischen, um ihres Herrn Geschäfte zu machen, aber die Menge hat nicht auf sie gehört. Die Menge, geblendet durch das ritterliche Auftreten des Marquis de Francken und die übernatürliche Frömmigkeit des Herrn de Belcastel, war ganz und gar für „den verbannten König“, das Kind des Wunders“ und schrie: „Vive le Roi!“ „Vive Henri V.“ Die Politik war bei den Führern so sehr die Hauptsache, daß selbst der Papst dagegen etwas zurücktreten mußte. Aber man wird ihm Nebensache geben und bald. Mgr. Mermillod wird nächstens nach Frankreich kommen, um seinen Wohlthätern seinen Dank zu sagen, darunter auch dem Komite des Werkes vom heiligen Franz von Sales, welches ihm 500 Franken aus seiner Kasse verehrt hat. Dieses Werk vom heil. Franz von Sales ist gegründet zur Verbreitung der christlichen Wahrheit, also konnte es die 500 Franken dem Geschöpfe des Papstes, Mgr. Mermillod, zuwenden, ohne seine Mittel zu mißbrauchen oder seine Zwecke zu verfehlen; was wird also Mgr. Mermillod bei dieser Gelegenheit nicht sagen können! (Köln. Bzg.)

Italien.

+ Rom, 13. Oktober. Gestern war an den Thüren der römischen Kirchen ein Dekret der Congregation dell' Indice zu lesen, welches ein langes Verzeichniß der von der Congregation verurtheilten Bücher enthielt, unter denen auch nachstehende deutsche Werke waren:

Die Macht der römischen Päpste über Fürsten, Länder, Völker und Individuen u. s. w. von Professor Schulte. — Ist die Lehre von der Unfehlbarkeit des römischen Papstes katholisch? von Wengel Joseph Reichel. — Die Stellung der Konzilien, Päpste und Bischöfe von historischem und kanonischem Standpunkte, und die päpstliche Konstitution vom 18. Juli 1870, mit Quellenbelegen. — Das Unfehlbarkeits-Dekret vom 18. Juli auf seine Verbindlichkeit geprüft, von Professor Schulte. — Denkschrift über das Verhältniß des Staates zu den Sagen der päpstlichen Konstitution vom 18. Juli 1870, den Regierungen Deutschlands und Oesterreichs gewidmet von Professor Schulte. — Die Unvereinbarkeit der neuen päpstlichen Glaubensdekrete mit der bairischen Staatsverfassung von Dr. Berchtold. — Denkschriften an einen deutschen Bischof des vatikanischen Konzils, von Lord Acton. — Zur Geschichte des vatikanischen Konzils von Lord Acton. — Katholische Kirche ohne Papst, vom Priester Thomas Braun. — Das vatikanische Konzil mit Rücksicht auf Lord Acton's Denkschriften und Bischof v. Ketteler's Antwort, kritisch betrachtet von Dr. Strinzebl. — Tagebuch während des Konzils, geführt von Dr. F. Friedrich, Professor der Theologie. — Kleiner katholischer Katechismus von der Unfehlbarkeit. Ein Bändlein zur Unterweisung von einem Vereine katholischer Geistlichen. — Haeresis Honorii et Decretum Vaticanum de Infallibilitate Pontificis Auctor Prof. Emil Buckgaber.

Die „Riforma“ sagt in einem Artikel über das Assoziationsrecht und die Klerikalen, man könne diesen das Vereinsrecht nicht gestatten, weil diese Verschwörer es nur zum Ruine des Staates mißbrauchen würden. — Das „Dritto“ erklärt sich zu Gunsten der in der Volksversammlung von Sondrio gefaßten Beschlüsse gegen die Mißbräuche der Regierungsbeamten bei der Eintreibung der Steuer auf bewegliche Güter zu protestiren und vom Parlamentare Reformen in diesem Zweige der Gesetzgebung zu verlangen. — Pio IX. empfing gestern in Privataudienz Herrn Faurel, Attaché der englischen Gesandtschaft am Hofe von Peking.

Großbritannien und Irland.

London, 11. Oktober. Der Handelsvertrag mit Frankreich von 1860 diente dazu, die öffentliche Meinung in England mit dem Anschluß von Savoyen und Nizza zu versöhnen. Ludwig Napoleon hatte angeblich in Italien „für eine Idee“ gekämpft. Sein plötzlicher Rückgriff auf die alt-täufeliche Politik weckte daher tiefe Befürchtungen. Man wurde unruhig wegen der Zukunft Belgiens, es mußte deshalb etwas gethan werden, um die hiesige öffentliche Meinung still zu machen. Die den Engländern gewährten Handelsbegünstigungen hatten diesen Erfolg. Selbst ein John Bright scheute sich damals nicht, auszurufen: „Was liegt uns an Savoyen? Hinweg damit!“ („Perish Savoy!“) — Heute nun behalten die Franzosen Savoyen und Nizza ganz gemüthlich, ziehen aber den Handelsvertrag wieder ein, um dessen Preis England sich mit jener Annexion zufriedengab. Das ist nicht schön von den Franzosen, aber beide Theile stehen sich in dieser Sache ungefähr an Werth gleich. — Unter denen, welche 1860 in England gegen den Handelsvertrag eiferten, befand sich eine große Anzahl Tories. Diese Partei hatte dem Usurpator politisch zugejubelt; es mochte daher billig ausfallen, daß sie den Vertrag aus dem Grunde verwarf, weil durch ihn „dem französischen Volke ein Zwang angethan werde“. Der eigentliche Grund des Widerstandes der Tories war natürlich der, daß sie, als Landjunkerpartei, den englischen Fabrikanten keinen Vortheil gönnten und nicht durch die Einfuhr billiger französischer Weine in ihrem eigenen aristokratischen Malzgeschäfte Schaden leiden wollten. Man sagt, man lerne die Menschen am besten kennen, wenn man mit ihnen reise. Man lernt sie auch kennen, wenn die Völker Handelsverträge unter einander abschließen.

Heute hat Napoleons Sohn seine Prüfung im Deutschen zu bestehen, um in die königliche Militär-Akademie in Woolwich aufgenommen zu werden. Es mag dem Jungen bei der Erinnerung an seine Saarbrückener Heldenthat sonderbar zu Muthe sein, wenn er dieser Prüfung unterzogen wird. Aus besserer Quelle vernehme ich übrigens, daß die Königin längere Zeit sich nicht dazu verstehen wollte, den Erlaubnißschein (Royal warrant) auszustellen, der zur Aufnahme eines Fremden in die Akademie nöthig ist. Da jedoch ein japanesischer Daimios-Sohn sich ebenfalls meldete und man es diesem nicht verweigern wollte, so konnte die Königin nicht umhin, die erbetene Erlaubniß zu geben. (N. fr. Pr.)

fanden, wurden als Vorfragen die Prinzipien besprochen: Ist eine Trennung des Bankzettelwesens möglich, ohne die Grundlagen des Dualismus zu verletzen und zur Personal-Union zu führen? Die österreichischen Minister setzten auseinander, daß mit dem Tage der Errichtung einer besonderen ungarischen Bank das Zoll- und Handelsbündniß erschüttert und die Aufstellung der Zollschranken eine unabweisliche Folge sein werde. Wenn beispielsweise die Spiritus-Fabrikanten in dem einen Lande mit 5 Prozent billigerem, weil schlechterem Gelde arbeiten, dann müsse in der anderen Hälfte die Ausgleichung dieser und anderer Differenzen durch Zollerhebung gefordert werden. Wenn das Militär in dem einen Lande schlechteres Geld erhält, als in dem anderen, dann ist die notwendige Folge die besondere Administration desselben, und die dualistischen Einrichtungen haben notwendigerweise aufgeführt. Der Kaiser, in dessen Gegenwart diese Argumente erwähnt wurden, billigte sie vollkommen und betonte den Wunsch, die bestehende dualistische Form nicht zu zerreißen. Die unumstößliche Wahrheit der vorgebrachten Argumente hat auf die ungarischen Minister großen Eindruck gemacht, als dessen Wirkung die Erklärung erfolgte, daß die Regierung ebenfalls die Gemeinsamkeit des Zettelwesens anstrebe, wenn nur die berechtigten Forderungen Ungarns Berücksichtigung finden. Von dem beiderseitig als richtig anerkannten Prinzip ausgehend, wurde österreichischerseits hervorgehoben, daß die österreichische Nationalbank das am meisten geeignete Institut sei, durch welches diese finanzielle Gemeinsamkeit ihren Ausdruck finden könnte. — Es wurde in den weiteren Konferenzen auf die Achtzig-Millionen-Schuld und die Verlängerung des Bankprivilegiums eingegangen. Die Details der ungarischen Forderungen wurden nicht berührt, sondern stets nur grundsätzliche Fragen. Nach langen Verhandlungen wurde bezüglich der Achtzig-Millionen-Schuld ein neuer Modus besprochen, der zu beiderseitiger Einigung leichter als der bisherige führen könnte. Dabei sind die Verhandlungen geblieben. Sobald sie am Sonntag fortgesetzt werden, dürfen sie bis zu dem definitiven Abschluß keine weitere Unterbrechung erfahren. Sind die beiderseitigen Ministerien einig, dann beginnen erst die öffentlichen Verhandlungen mit der Nationalbank. In den bisherigen Privatgesprächen zeigten sich noch große Differenzen. Die bekannten ungarischen Forderungen dürften, allem Anschein nach, selbst ungarischerseits bedeutende Modifikationen erfahren. Die heutigen Regierungsblätter sind sehr mäßig und zurückhaltend; nur „Magyar Politika“ wirft der Regierung vor, daß sie selbst die dualistischen Blätter und Partei-Abgeordneten in die Höhe gegen die Nationalbank hineingetrieben habe. Baron Moriz Wodianer, welcher morgen abreist, machte gestern einen Besuch bei Deaf.

(N. fr. Pr.)

Frankreich.

Paris, 11. Oktbr. Man hatte bekanntlich abgeleugnet, daß der Erzbischof von Rouen, Kardinal v. Vonneghose, bei seiner kürzlichen Reise nach Rom mit irgend einer Mission von Seiten der Regierung beauftragt gewesen sei. Nun ist aber der Kardinal, nachdem er gestern aus Rom zurückgekehrt, bereits heute Morgen in einer längeren Audienz von dem Präsidenten der Republik empfangen worden und hat dann noch mit Herrn Barthélemy Saint-Hilaire konferirt. Die Antimen des Elisee erzählten, daß der Kardinal Ueberbringer sehr schmeichehafter Mittheilungen von Seiten des Papstes sowohl, als des Staatssekretärs Antonelli sei; der heilige Vater habe ihn beauftragt, Herrn Thiers zu sagen, daß er die Schwierigkeit seiner Lage sehr wohl anerkenne, aber nicht daran zweifle, daß er und die Kirche stets auf den Schutz und den Beistand Frankreichs zählen können. Der Papst sei entschlossen, so lange wie irgend möglich in Rom auszuharren, falls aber das Verbleiben in der ewigen Stadt ihm unmöglich gemacht werden sollte, werde er in keinem anderen Lande als in Frankreich Zuflucht suchen. — Herr Thiers ist wirklich der gutmüthigste aller Präsidenten und hat das auf's Neue bewiesen, indem er Herrn Picard die Genugthuung gab, durch das „offizielle Journal“ erklären zu lassen, daß niemals von der Entlassung oder Abberufung des französischen Gesandten in Brüssel die Rede gewesen sei. Der Ministerrath soll sich am Sonnabend mit der Frage beschäftigt haben, ob gegen die Familie Bonaparte ein Verbannungsgesetz zu erlassen sei. Es sei jedoch befürchtet worden, die Linke möchte diese Gelegenheit ergreifen, um zu verlangen, daß dies Gesetz auf die Mitglieder aller Familien, die über Frankreich geherrscht, ausgedehnt werde. Es würde dies zu heftigem Streite mit der Rechten führen, die ohnehin schon jetzt wenig für ein Ausnahmengesetz gegen die Napoleondien gestimmt sei. Es ist jetzt gewiß, daß die Regierung wenigstens nicht die Initiative zu einem solchen Gesetzentwurf ergreifen wird. — Herr Rouher soll damit beschäftigt sein, in der Sache der Ausweisung des Prinzen Napoleon einen Refus an den Staatsrath abzufassen. — In liberalen Kreisen nimmt man einigen Anstoß daran, daß Herr Thiers wieder einmal kurzweg den katholischen Kultus als den „nationalen“ bezeichnet, ohne an die zahlreichen Anhänger anderer Bekenntnisse zu denken, welche hierdurch notwendig verletzt werden müssen. Im Ganzen zeigte Herr Thiers in seiner Aeußerung über die Wallfahrten, daß er den kirchlichen Ausschreitungen die Zügel so weit als nur immer möglich locker zu lassen beabsichtigt. (N. Bzg.)

Paris, 11. Oktbr. Mit dem Prinzen Napoleon machen sich heute nur noch wenige Blätter zu schaffen. Zu denselben gehört die „Gazette de France“, die dem „Ordre“ gegenüber behauptet, der Graf von Chambord sei während des Empire nie mit Wissen der Regierung nach Paris gekommen. Diefelbe befindet sich aber im Irrthum. Ihr Korrespondent sah selbst eines Tages den Grafen von Chambord in einem Café in der Nähe der Tuilerien. Ein Polizeibeamter, der den Grafen überwachte, theilte der Wirthin mit, wer ihr Gast sei, und die warnte Heinrich V., der sich sofort aus dem Staube machte. Was die Prinzen von Orleans anbelangt, so war der Herzog von Annale während des Empire mehrere Male in Paris. Der Herzog von Chartres, der Bruder des Grafen von Paris, kam sogar sehr häufig nach der französischen Hauptstadt, um sich mit seinen Freunden zu amüsiren. Die Regierung ließ sie ruhig gewähren, da sie wußte, daß die Orleans nicht den Muth haben, tollkühne Streiche zu machen. Uebrigens befanden sich unter den Freunden Prinzen immer solche, welche die Polizei von dem, was vorging, auf dem Laufenden erhielten. Das Empire konnte solche Dinge gestatten, da ihm die Polizei vollständig ergeben war, während die Thiers'sche Regierung, wenn sie das nämliche System verfolgen wollte, arg geprellt werden würde. Wie es heißt, sollen die Bonapartisten jetzt scharf überwacht werden, was aber wenig helfen wird. Schrieb doch eines Tages Paul de Cassagnac im Pays, daß er die Berichte, die man über ihn mache, früher lese, als der Polizeipräfekt. — Die französischen Handelsreisenden der ersten drei Monate dieses Jahres werden vom „Soir“ als äußerst befriedigend mit Jubel begrüßt: „Durch das Blühen der Geschäfte und die Vergrößerung der Ausfuhr wird Frankreich ohne zu große Mühe wieder zu einer guten Finanzlage kommen, und man darf dabei nicht vergessen, daß jede Vermehrung in unseren Han-

Thätigkeit desselben sei die Erweckung und Kräftigung des nationalen Bewusstseins in unserer Provinz. Ob derselbe nach dieser Richtung hin vielleicht zu viel gethan habe, darüber wolle er die Entscheidung dem Urtheile des Publikums überlassen. Gewiß sei, daß Hr. v. Tempelhoff eine bei den eigenthümlichen Verhältnissen unserer Provinz, welche häufig eine empfindliche Gerechtigkeit zur Folge habe, gemachte Aeußerung, welche ihm einfallen war, bedauere und mildere. Das Brimborium, welches an anderem Orte von solchen Dingen gemacht worden sei, habe den Thatsachen keineswegs entsprochen: „Wir wollen Alle mit unseren Mitbürgern polnische Nationalität in Frieden und Eintracht leben, und auch, so viel sie uns dies gestatten, zu gemeinsamer wirtschaftlicher Thätigkeit uns vereinigen. Wir verlangen aber ebenso, wie sie, Achtung unserer Nationalität, unserer Sprache und unseres wirtschaftlichen Lebens, welches wir häufig anders verstehen, wie sie. Es war vor Allem jener Geist zu bekämpfen, der unter unseren Deutschen noch vielfach vorherrschend war, wo es so ausfalle, als schäme man sich bei uns dem vordringenden Polenthum gegenüber seiner deutschen Nationalität. Diefem Geist siegreich entgegenzutreten zu sein, ist ein wesentliches Verdienst der Thätigkeit des Herrn v. Tempelhoff. Hält man die Fahne in der Tasche, so ist sie ein Lappen, ein Taschentuch. Nur dann erhält sie ihre Bedeutung, wenn sie zu gemeinsamer Thätigkeit vorangetragen wird! Es ist diese Seite nicht die hauptsächlichste des Wirkens unseres verehrten Vorsitzenden; aber ich dürfte sie nicht unerwähnt lassen. Die Landwirtschaft verdankt ihm ihre wesentliche Förderung, und das ist die Hauptsache. Ich wiederhole also, indem ich unser tiefes Bedauern über sein Ausscheiden ausspreche, unseren Dank für seine bisherige Mithewaltung und bitte ihn, auch ferner seine Theilnahme durch Rath und That dem Hauptvereine zu erhalten.“

Zur ehrenden Anerkennung der Verdienste, welche sich Hr. v. Tempelhoff um den Verein erworben, erhebt sich auf Aufforderung des Herrn Witt-Vogdanow die ganze Versammlung. — Hr. v. Tempelhoff spricht dafür seinen Dank aus und erklärt, er wisse sehr wohl, was er der Mitwirkung der Mitglieder des Vereins verdanke. — Zum stellvertretenden Präsidenten wird darauf Hr. v. Delhaes-Borowko, zum Kassentat Hr. Baarth-Gerechewicz gewählt. Beide nehmen die Wahl an.

Vorher darauf in der Tagesordnung fortgefahren wird, richtet Hr. Dekonomie-Direktor Lehmann-Nitsche die Bitte an die Anwesenden, ihn bei der Besichtigung der Wiener Ausstellung zu unterstützen, indem dort 50 Quadratmeilen für die Landwirtschaft unserer Provinz bestimmt seien. Wenn man durch die diesjährige Ausstellung auch geizig habe, daß man auf eigenen Füßen stehe, so sei es doch nöthig, sich auch an der Weltausstellung zu betheiligen. Er sei gern erbötig, eingefandene Getreideproben u. noch bis zum 1. Dezember d. J. entgegenzunehmen; ebenso würden Proben von Wolle von Herrn Eisner v. Gronow noch bis zum 1. April n. J. angenommen. Kosten erwischen dadurch nicht, und hätten überdies alle Aussteller die Begünstigung, schon von 8–10 Uhr Morgens, wo die Ausstellung dem übrigen Publikum noch verschlossen sei, dieselbe zu besuchen.

Ueber die Rechnungslegung der Vereinskasse pro 1871 berichtet darauf Hr. Witt-Vogdanow, welcher als Mitglied der Revisionskommission die Rechnungen mit revidirt hat. Der vorjährige Bestand betrug 6 Thlr., Einnahme 1257 Thlr., Ausgabe 1173 Thlr., gegenwärtiger Bestand demnach 90 Thlr.

In Betreff der Maßregeln zur Hebung der Rindviehzucht theilt der Vorsitzende mit, daß im Landes-Dekonomie-Kollegium nach dieser Richtung hin bestimmte Anträge gestellt und angenommen seien; der Herr Minister für Landwirtschaft habe die landwirtschaftlichen Zentralvereine aufgefordert, sich gleichfalls über diese Angelegenheit beäugend zu äußern. — Hr. Lehmann-Nitsche macht darauf die Mittheilung, daß in den Kreisen Fraustadt, Kröben, Kosten bereits 7–8 Bullenstationen errichtet seien, die sich sehr gut bewähren und bis jetzt ganz günstige Resultate behufs Heranziehung einer guten Race ergeben haben. Der Herr Oberpräsident habe zur Anschaffung jedes Bullen 50 Thlr. gewährt, das Leibrige hätten die Bullenhalter gegeben, welche nach 3 Jahren Eigentümer der Thiere würden; das Degegeld betrage nur 5 Sgr. Aber 8 Stationen genügen noch lange nicht, und sei demnach zu hoffen, daß noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt würden; auch sei es wünschenswerth, daß recht viele Landwirthe sich bereit erklärten, bei sich Bullenstationen zu errichten. An der Debatte über diesen Gegenstand betheiligen sich darauf die Herren Kennemann-Klenka, Witt-Vogdanow, v. Nathusius-Orlowo, v. Delhaes, Hoffmeyer, v. Tempelhoff, Präsident Willenbücher und Landrath v. Massenbach. Es wird dabei auf die Nothwendigkeit hingewiesen, die Hebung der Rindviehzucht nicht bloß durch gute Paarung, sondern auch durch gute Fütterung (Luzernanbau u.) zu erstreben; auch wird es für wünschenswerth erachtet, daß die Prämierung von Kälbern an recht vielen Orten stattfinden, resp. Kommissionen zu diesem Behufe umherreisen. Es wird beschlossen, den Hrn. Minister für Landwirtschaft um weitgehende Unterstüzungen zur Anschaffung von Zuchtbullen, zur Prämierung von Kälbern, zur Gewährung von Samereien, sowie zur Anschaffung von 50 Bullenkälbern für jeden Kreis zu ersuchen.

Ueber die Rechnungslegung der Ausstellungskasse berichtet Hr. Landrath v. Massenbach. Danach betrugen die Einnahmen 29,070 Thlr., Ausgaben 31,029 Thlr., Ausfall demnach 1958. Unter den Einnahmen sind zu bemerken: An Staatsbeihilfe 6000 Thlr., Beihilfe von der Stadt Posen 2100 Thlr., an Miethen 1510 Thlr., für Verkauf von Entree-Billets u. 9929 Thlr., Lotterie 7816 Thlr. u.; unter den Ausgaben: für die Ausstellungsräume 16,020 Thlr., darunter 2700 Thlr. für Miete und Transport der Gewerbestellen für Medaillen und Ehrengelände 3336 Thlr., für Bewirthung der Ehrengäste 801 Thlr., für Wästel 706 Thlr., für Lotterie 4965 Thlr. u. Wie der Vorsitzende mittheilt, ist Aussicht vorhanden, daß der Herr Minister für Landwirtschaft den Ausfall decken wird. Sollte dies nicht geschehen, so würde auf die Garantiescheine, welche in der Höhe von 5500 Thlr. gezeichnet worden sind, zurückgreifen sein. Die Versammlung ertheilt dazu dem Vorstände die Ermächtigung; auch erklärt sie sich damit einverstanden, daß dem Sekretär der Ausstellung, Hrn. Dr. Peters, 600 und Hrn. Stadtbaurath Stempel, welcher den Bau der Ausstellungsgelände geleitet hat, 300 Thlr. Remuneration bewilligt worden sind. Zur Prüfung der Rechnung wird eine Kommission, bestehend aus den Herren Witt-Vogdanow, Hecker-Althöfen, Dr. Peters und Stadtrath Schmidt, ernannt.

Ueber die Frage: Inwieweit die Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer neben der Klassen- und Einkommensteuer eine ungerechtfertigte Ueberbürdung des Grundbesitzes, event. was könnte zur Abhilfe dieses Uebelstandes geschehen?, referirt Herr Tichauske-Babin, sich dabei anlehnend an die vom Kongreß norddeutscher Landwirthe prämiirte Schrift vom Professor Dr. Reibowicz: Die Landwirtschaft unter dem Einfluß des in Norddeutschland herrschenden Steuerwesens. In derselben wird der Nachweis geführt, daß eine Ueberbürdung des Grundbesitzes vorliege; die Ursache wird in der irrthümlichen Grundrententheorie gefunden, nach welcher der Grundbesitzer eine unentgeltliche Grundrente vom Boden erhalten soll; als Mittel zur Abhilfe der Ueberbürdung werden in Vorschlag gebracht: Aufhebung der Grundsteuer und ländlichen Gebäudesteuer, Fortfall der Schutzölle u., dagegen Einführung der Gewerbesteuer. Zu ähnlichen Resultaten und Vorschlägen sind der diesjährige Kongreß norddeutscher Landwirthe und das Landesökonomie-Kollegium gelangt. Der Referent erklärt sich mit diesen Vorschlägen nicht einverstanden, weil durch Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer dem Staate fast die Hälfte der direkten Steuern, d. h. eine Einnahme von ca. 18 Millionen Thlrn. jährlich entzogen werden würde. Dagegen befürwortet er eine Entlastung desjenigen Grundbesitzes, welcher durch Einführung der neuen Grundsteuer im Jahre 1861 überbürdet worden ist. Demnach sind nur die Provinzen Schlesien und Westphalen entlastet worden, dagegen haben alle übrigen Provinzen seitdem eine weit höhere Grundsteuer zu zahlen: unsere Provinz statt 400,000 Thlr. früher, jetzt 750,000 Thlr. Referent macht, um eine Entlastung des auf diese Weise überbürdeten Grundbesitzes herbeizuführen, folgende Vorschläge: 1) die gesammte Grundsteuer wird in eine ablösbare Rente umgewandelt; 2) für diejenigen Grundstücke, welche durch das Gesetz vo

Jahre 1861 höher belastet wurden, werden auf Höhe des 20fachen Betrages der mehr gezahlten Grundsteuer Prozentige Grundrentenbriefe ausgestellt, welche die jetzigen Besitzer als Entschädigung erhalten, und welche, da neben der Verzinsung von 4 pCt. ein ganzes Prozent zur Amortisation verbleibt, durch Auslösung in weniger als 40 Jahren getilgt sein würden; 3) als Ersatz für den Ausfall, welcher durch Aufhebung der Gebäudesteuer für gewerbliche Etablissements auf dem Lande entstehen würde, wird die Gewerbesteuer auch für Borsengeschäfte eingeführt. — An der Debatte, welche sich über diesen Gegenstand entwickelte, betheiligen sich die Herren: Lehmann-Nitsche, Kennemann-Klenka, Landrath v. Massenbach, Witt-Vogdanow, Landrath Studt (Obornik); es wird darauf hingewiesen, daß durch Ausführung der angegebenen Vorschläge keine bedeutende Entlastung des Grundbesitzes erfolgen würde, daß ferner durch Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, sowie die zwei untersten Klassensteuereinstufen eine wesentliche Erleichterung für den Grundbesitz eintreten würde, und werden schließlich von der Versammlung folgende Beschlüsse gefaßt: 1) die Frage in Betreff der Ueberbürdung des Grundbesitzes in Folge der Erhebung der Grund-, Gewerbe- und Gebäudesteuer neben der Klassen- und Einkommensteuer wird bejaht; als Mittel zur Abhilfe werden bezeichnet: a) Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Provinzialfonds; b) Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer; c) Aufhebung der zwei untersten Klassensteuereinstufen; d) Verminderung der Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer für kommunale und lokale Zwecke; 3) als Ersatz für die Gebäudesteuer wäre nach dem obigen Vorschlage des Hrn. Tichauske die Gewerbesteuer auch für Borsengeschäfte einzuführen. Es soll eine Petition in diesem Sinne seitens des Vorstandes des Hauptvereins an die gesetzgebenden Faktoren gerichtet werden.

Ueber die Einführung von Maßnahmen gegen die Einschleppung der Rinderpest berichtet Herr v. Nathusius-Orlowo. Die Veranlassung dazu hatte der Antrag des Deutscher landwirtschaftlichen Vereins an den Posener Hauptverein gegeben, sich einer von ihm ausgehenden Petition anzuschließen, in welcher die Wiedereinführung einer 21tägigen Quarantäne, die Anordnung von Einrichtungen gegen Einschleppung der Rinderpest durch Schmuggelhandel, sowie die Verlegung der Viehmärkte von der Grenze weiter rückwärts verlangt wurde. Der Referent spricht sich gegen die Einführung der Quarantäne als nicht zweckentsprechend und zwar schädlich und den Verkehr hemmend, aus, erachtet die gegenwärtig von der Regierung angeordnete Grenzsperrung als das beste Mittel gegen Einschleppung der Rinderpest, und beantragt, die Versammlung möge über den Antrag des Vereins zur Tagesordnung übergehen. Die Versammlung stimmt dem Antrage des Referenten bei.

Das Mariengymnasium befindet sich seit Wiedereröffnung des Unterrichts am 14. d. M. vollständig in dem Hauptgebäude und dem neu errichteten Seitenflügel, während bisher ein Theil der Klassen wegen des beschränkten Raumes in dem Gebäude auf dem benachbarten Professor Nymarkiewiczischen Grundstück untergebracht war.

Die polnische Gesellschaft „Al“ (Bienenkorb), welche auf der Halldorfstraße bereits ein Kohलगeschäft behufs Verkaufes von Kohlen an ihre Mitglieder besitzt, hat am heutigen Tage am Neuen Markt auch ein Ledergeschäft eröffnet, in welchem den dem Vereine betretenden Schuhmachern Leder verkauft wird. Da nun die Mittel der Gesellschaft sehr gering sind, so hofft der Vorstand dadurch ein weiteres Gedeihen zu erzielen, daß er heute früh in der katholischen Pfarrkirche eine Messe veranstaltet hat, um den Segen Gottes für den neuen Lederhandel herabzusuchen. Wir würden dies für ein Märchen halten, wenn es nicht in den polnischen Zeitungen mit ausdrücklicher Unterzeichnung des frommen Vorstandes mitgetheilt wäre!

Der Weinwandhandel wird gegenwärtig von einigen in unserer Stadt und Provinz unehelichen Händlern in einer so betrügerischen Weise betrieben, daß es wohl an der Zeit ist, das Publikum vor diesen Gaunern zu warnen, zumal viele betrogene Familien aus Schen vor gerichtlichen Terminen und Furcht vor Spott, ihren Verlust lieber im Stillen verschmerzen. In letzterer Zeit haben diese Händler hauptsächlich bei solchen Familien „Geschäfte“ gemacht, welche die Aussteuer von Töchtern zu besorgen hatten, indem sie vorgaben, sie seien durch ungünstige Verhältnisse gezwungen, ihre Waare um jeden Preis zu verkaufen. Das Verfahren ist dabei gewöhnlich dieses, daß einige Waaren, um zu locken, zu wirklich fabelhaft billigen Preisen, die übrigen dagegen zu desto höherem verkauft werden. In der Regel stellt sich dann diese Waare als „Schund“ heraus, welche in einigen Fabriken extra zum Zweck des Schwindels angefertigt und derartig appetitirt wird, daß Nichtkenner gar zu leicht dadurch betrogen werden können.

Polizeiliche Mittheilungen. Einem Handelsmanne am Alten Markt sind aus unverschlossener Stube ca. 100 bunte wollene Shawls gestohlen worden. — Bei einer Wittwe auf dem Städtchen fand sich vor einigen Tagen die Braut ihres in Breslau ansässigen Sohnes zum Besuche ein, fand freundliche Aufnahme und belohnte die Gastfreundschaft dadurch, daß sie sich am Dienstage, unter Mitnahme eines Pfandscheins über verschiedene verpfändete Gegenstände und eines Betrages von 2½ Thlr., heimlich entfernte. — Auf der Wallfischei wurde am Dienstage ein Raub in Folge eigener Unvorsichtigkeit von einem langsam fahrenden Fuhrwerke überfahren und trug dabei einige unerhebliche Verletzungen davon.

S. Neustadt b. P., 15. Oktober. [Einweihung des neuen kath. Schulhauses. Remuneration.] Heute fand hier selbst die feierliche Einweihung des neuen katholischen Schulhauses durch den hiesigen Dekan und Schulinspektor Herrn Hebanowski im Beisein des gesammten Schulvorstandes, der Lehrer der Pfarodie, der Schulfugend und vieler Schulsozialitätsmitglieder statt. In seiner auf die Feierlichkeit bezüglichen Rede erinnerte der Herr Dekan, daß nur der Fürsorge der k. Regierung zu Posen der endliche Bau des so stattlichen Schulhauses zu danken sei, denn, da die Schulsozialität sehr arm ist, und nur circa 1000 Thlr. zum Bau aufgebracht hatte, so hat die k. Regierung nicht nur 1000 Thaler zum Bau des Schulhauses geschenkt, sondern auch der Schulsozialität 5000 Thlr. unter sehr günstigen Bedingungen geliehen. Das neue Schulhaus ist ein schönes Gebäude und eine Zierde der Stadt; es enthält drei Klassenzimmer, sowie bequeme Wohnungen für drei Lehrer. Da die zweite Klasse der Schule überfüllt ist, so der Lehrer derselben, Herr Rorbowicz, welcher im Mai d. J. sein 50jähriges Amtsjubiläum feierte, hat in seiner Klasse ca. 200 Kinder zu unterrichten, — so wird jetzt hoffentlich die Anstellung eines dritten Lehrers erfolgen. — Der erste Lehrer der hiesigen Schule, Herr Mroczkiewicz, hat in Folge des günstigen Ausfalles der im Monat Mai d. J. durch den Herrn Landrath des Kreisrathes vorgenommen Revision der Schule eine Remuneration von 30 Thlr. von der k. Regierung zu Posen erhalten.

S. Samter, 15. Oktober. [Gerichtliche.] Bei dem hiesigen Kreisgerichte waren früher 2 Richter zur Abhaltung der Bagatell- und Injurien-Termine beschäftigt. Seit längerer Zeit ist dazu nur ein Richter bestellt, der 40 bis 50 Termine mitunter mit zeitraubender Zeugenvernehmung an einem Vormittage abzuhalten hat. Diese Ueberbürdung ist nicht nur für den Richter, sondern auch fürs Publikum nachtheilig. Es wäre dringend zu wünschen, entweder einen zweiten Richter wie bisher, zu bestellen oder die Anordnung zu treffen, daß höchstens die Hälfte der Termine an einem Vormittage von einem Richter abgehalten werden. — Die Bagatell-Untersuchungs- und Hypotheken-Abtheilungen des Kreis-Gerichts sind bereits ins neue Gerichts-Gebäude eingezogen, dagegen ist es von höherer Bestimmungen abzuwarten, ob die andern Abtheilungen im nächsten Jahre einziehen werden, weil in dem noch im Bau unvollendeten neuen Gerichtsgebäude der trockene Schwamm sich so stark gefunden hat, daß fast sämtliche Balken nochmals aufgedeckt werden müssen. — Seit der Verlegung des Rechtsanwalts Summann nach Posen sind hier nur zwei Rechtsanwält, die mehr Beschäftigung haben, als sie bewältigen können. Auch sind Fälle eingetreten, wo klägerischerseits mit dem Einen vorher Rücksprache über den Prozeß genommen und der Andere den Herrn Rechtsanwalt in derselben Sache als Kurator bestellt wurde, sodas der Verklagte keine Vertretung erlangen konnte. Es ist allgemein der dringende Wunsch erkennbar, daß die Stelle des 3. Rechtsanwalts baldigst besetzt wird.

© Bromberg, 15. Oktober. [Zur Vorsicht. Neue Klagen. Cholera-Einschlepper.] Auch bei uns wären Vorsichtsmaßregeln gegen die „Cholera-Einschlepper“ zu treffen; denn wir wohnen unmittelbar an dem Durchgangsorte der Flüsse und Schiffer aus der Weichsel in die Brabe. Wenn möglich, müßte an der Mündung der Brabe in die Weichsel eine Einrichtung getroffen werden, die es ermöglicht, den Gesundheitszustand von Polen kommender Schiffer zu untersuchen. — Die Direktionsräthe der kgl. Nibahn klagen, daß so sehr viele der ihnen überwiesenen Zivilverorgungsberechtigten nicht im Dienste zu gebrauchen sind. Auch die Unterbeamten, Sekretäre u., welche mit der Ausbildung der genannten Personen speziell zu thun haben, sind des Klagens voll. Es ist unleugbar ein Mißstand. Aber das Militärwesen, nicht allein, daß ihm so wie so ungeheure Summen zur Disposition gestellt werden müssen, greift ja eben durch die Tausende, welche nach geleisteter Dienstzeit den Lohn in Zivilstellen wollen, so tief in das wirtschaftliche Leben ein, daß für das letztere der daraus entstandene Schaden jest nicht mehr vereinzelt dahekt. — Wenn doch der Weg zur Abschaffung eines Uebelstandes nicht oft so lang wäre! Viele Bürger der Stadt, die ihre Söhne dem Gymnasium übergeben wollten, sind in die traurige Lage versetzt worden, wegen Mangels an Raum darauf verzichten zu müssen. Und dabei baut man schon so viele Jahre an dem neuen Gymnasium, und noch ist kein Stein zu sehen. Ebenso will es scheinen, als ob die Gewerbeschule nie gebaut werden würde.

2 Aus dem Kreise Inowracław, 15. Okt. [Lehrerkonferenz.] Am 9. Okt. fand in Inowracław, wie alle Jahre um diese Zeit, die Diözesan-Lehrerkonferenz statt, an welcher sich auch einige der Herren geistl. Schulinspektoren betheiligten. Nach dem üblichen Gefange hielt der Vorsitzende Herr Superintendent Schönfeld, ein Gebet und dann eine Ansprache an die versammelten Lehrer, in welcher er besonders hervorhob, daß seine Stellung, obwohl jest eine staatliche, sich in keiner Hinsicht verändert habe; eben wie er früher alles Wohl des Staates und der Kirche im Auge gehabt, so werde er es auch in Zukunft thun. Auf das Verhältnis der Schule zur Kirche eingehend, bemerkte er, daß beide, wenn es auch versucht werden sollte, dauernd nicht zu trennen wären, da die Kirche der Schule, so wie diese des Segens der Kirche bedürfe. Darauf hielt ein Lehrer einen Vortrag über die modernen Forderungen an den Religionsunterricht in der Volksschule. Redner führte, wenn auch nicht alle, doch verschiedene Forderungen vor und versuchte in seiner Art, d. h. von seinem regulativ-konfessionellen Standpunkt aus, zu beweisen, daß keine von ihnen zu berücksichtigen wäre. Die konfessionslose Schule fand keine Gnade, weil es unmöglich sei, ein einsprechendes Lehrsystem aufzustellen. Um dies darzutun, wurden aus der biblischen Geschichte natürlich nur solche Stellen angezogen, die eben dem Redner paßten. Die Simultan Schule wurden verworfen, weil ja der Fall eintreten könnte, daß ein jüdischer Lehrer christliche Kinder zu unterrichten hätte, und umgekehrt. Daß diese Einrichtung schon längst an Gymnasien und ähnlichen Anstalten bestünde, schien der Redner nicht zu wissen. So wurde eine „moderne Forderung“ nach der andern abgeurtheilt und nachgewiesen, daß nur die Konfessionsschule Berechtigung habe. Da Redner sich der Möglichkeit nicht verschließen konnte, daß der wöchentliche Religionsunterricht von 6 auf 4 Stunden reduziert werden könnte, so schlug er vor, um den Stoff zu bewältigen, die Lesebücher mit biblischen Geschichten zu füllen, also aus der Lesekunde gleichzeitig eine Religionskunde zu machen. Ebenso sollten nur Niederwerke zum Sprachunterricht benutzt werden. Die beliebte regulativ-konfessionelle Konzentration! — Erwähnt sei noch, daß Diesterweg mit Bebel, Liebknecht und Genossen fast in eine Kategorie gestellt wurde. Der Vorsitzende forderte die Lehrer auf sich über den gehörten Vortrag zu äußern. Tiefes Schweigen, als ob sich Alle das Wort dazu gegeben hätten. Als auch eine zweite und dritte Aufforderung die Zungen nicht lösen wollte, nahm der Vorsitzende an, daß Alle dem Redner zustimmten und sprach seine Freude darüber aus. Vielleicht läßt das Schweigen auch eine andere Deutung zu. Zwei andere Vorträge: „Die Behandlung des Volksliedes in der Volksschule“ und die Grundzüge der Jacotot'schen Leselehre führten eine lebhaftere Besprechung herbei.

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin. Die Subskription auf die Russischen Boden-Kredit-Briefe dürfte heute sofort wegen bedeutender Ueberzeichnung geschlossen werden.

Defauer Kredit-Anstalt. Im Anschluß an die diesbezügliche Mittheilung berichtet man der „Börseztg.“, daß von den im Umlauf befindlichen 60,000 Stück alten Aktien der Defauer Kredit-Anstalt bereits ca. 40,000 Stück in Neuktionen umgetauscht sind. Bis zum 15. d. M. waren 38,820 Stück umgetauscht, aber der Umtausch von mehreren hundert Stück war noch angemeldet und täglich gehen alte Aktien zum Umtausch ein. Ein großer Theil der Aktionäre hatte also den Umtausch schon bewirkt und da die Kredit-Anstalt jedenfalls für das laufende Jahr Dividende zahlen wird, diese Zahlung aber nur gegen Rückgabe der Dividendenscheine pro 1872 zu erfolgen hat und die alten Aktien solche Dividendenscheine nicht haben, so dürfte sämtlichen Aktionären der baldige Umtausch der alten Aktien gegen Neuktionen zu empfehlen sein.

*** Einnahme der Rhein-Nahe-Bahn im September:

Personen	Güter	Extraord.	Zusammen	bis Ende Septbr.
1872	40,900	76,665	5877	123,442
1871	62,674	67,366	5545	135,585
1872	— 21,774	— 9299	— 332	— 12,143
				— 256,036

Wien, 15. Oktober. Die Bilanz der Kommissionsbank weist ein Defizit von ca. einer Million nach.

Prag, 15. Okt. Die General-Versammlung der Prag-Duxer Bahn beschloß die Bauausführung der Strecke Briß-Meudt (?) mit einem Baukapital von 5,192,817 Fl. Das Bezugsrecht der alten Aktionäre bleibt reservirt.

Wien, 15. Oktober. Die Generalversammlung der Anglo-ungarischen Bank genehmigte den Antrag des Verwaltungsraths auf Konvertirung des Aktienkapitals von Silber in Papierwährung und die Ausgabe von 50,000 neuen Aktien. Gegen Zahlung von 64 fl. Papier soll auf jede alte Aktie eine neue ausgetauscht werden.

Ein- und Ausfuhr von Edelmetallen nach und von Großbritannien. Man schreibt aus London, 11. Oktober: Der Gesamtwert der in diesem Jahre auf dem Zollhaufe registrierten Einfuhr an Edelmetallen betrug 22,237,280 Pfd. Sterl., der der Ausfuhr in denselben neun Monaten 22,357,938 Pfd. Sterl. Der Werth des importirten Goldes beläuft sich auf 13,674,395 Pfd. Sterl. und steht dem Werthe des Goldimports in den entsprechenden Periode des vorigen Jahres um beinahe 2 Millionen nach. Der Werth der Goldausfuhr, der sich auf 14,579,599 Pfd. Sterl. beläuft, hat um 3¼ Millionen zugenommen. Silber wurde im Werthe von 8,562,685 Pfd. Sterl. importirt, während 7,865,339 Pfd. Sterl. in Silber nach dem Auslande gingen. Die Einfuhr hat gegen die entsprechende Periode des Jahres 1871 um etwa 3¼ Millionen, die Ausfuhr um mehr als eine Million abgenommen. 850,000 Pfd. Sterl. Gold und 700,000 Pfd. Sterl. Silber wurden in diesem Jahre mehr exportirt als importirt. Aus den Vereinigten Staaten kamen mehr als 7,000,000 Pfd. Sterl. Gold hierher, während die Goldzufuhr aus Australien von 5,000,000 Pfd. Sterl. in den ersten 9 Monaten des Jahres 1871 auf 4,500,000 in den entsprechenden Monaten dieses Jahres gesunken ist. Exportirt wurde von hier aus besonders nach Deutschland (5,000,000 Pfd. Sterl.), Süd-Amerika und Portugal. Silber kam hierbei vorzugsweise aus Nord-Amerika (3,500,000) Süd-Amerika und Deutschland. Die Silberausfuhr ging hauptsächlich nach Indien, nämlich mehr als 4,500,000 Pfd. Sterl.

Belgrad, 15. Okt. Eine englische Gesellschaft bewirbt sich unter sehr annehmbaren Bedingungen um die Koncession zum Bau der fersischen Bahnen. Sollte der Staat selbst den Bau übernehmen wollen, so ist die Gesellschaft bereit, Geld dazu vorzustrecken. Dasselbe Konsortium will die Ausführung der Belgrader Gasbeleuchtung übernehmen, und zwar mit der Verpflichtung, 50 pCt. von den durch die fersische Bank zu emittirenden Aktien bis auf Höhe von 50 Mill. Fres. zu übernehmen.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.



Oberschlesische Eisenbahn.

Am 1. November d. J. tritt zum Tarif für die Schiffs- und Dampfschiffahrt ein zweites Nachtrag in Kraft, welcher neue directe Fahrpläne für die regulären Tarife, sowie Ausnahmefahrpläne für den Transport von Getreide, Hülsenfrüchten, Oelfrüchten, Malz, Weizen, anderen Nahrungsstoffen im Verkehr zwischen Stationen der Königl. Ungarisch-Bois- und Eisenbahnen einrichtet und den Verbindungen der Oberschlesischen Eisenbahn andererseits via Rattl. Die berg erhaltene Druckempfangs- und Tarifnachtrag liegen bei den Stationen der Eisenbahnen zum Preise von 2 Sgr. pro Stück bereit.

Breslau, den 12. Oktober 1872.
Königl. Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Handels-Register.

In unser Genossenschafts-Register ist folgende Eintragung bemerkt worden:
Kolonne 1 Laufende Nr. 4
Kolonne 2 Firma der Genossenschaft:
U. Hülshorst auf Gegenlichtitz zu Posen, Eingetragene Genossenschaft.
Kolonne 3 Art der Genossenschaft: Posen.

Kolonne 4 Rechtsverhältnisse der Genossenschaft:

Die durch Vertrag vom 26. September 1872 gegründete Genossenschaft auf und für die Zeit beginnt mit dem Tage der Eintragung. Dieselbe bezweckt die Verbesserung der Wohlfahrt der Mitglieder im Sinne des § 1 des Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1868.

Die auf unbestimmte Zeit gewählten Vorstandsmitglieder sind:

- 1) der Buchhändler Josef Chociszewski zu Posen, als Director,
- 2) der Handlungscommissar Ludwig Weitz zu Posen, als Kassirer.

Die Unterschrift der Firma verpflichtet den Verein nur dann, wenn sie vom Director oder seinem Stellvertreter und einem zweiten Mitgliede des Vorstandes geschehen ist.

Die Bekanntmachungen des Vereins erfolgen unter der Firma des Vereins mit der Unterschrift des Directors, des Vorstandes oder des Vorsitzenden des Aufsichtsraths.

Veröffentlicht werden dieselben durch den Kreis-Verwaltungs-Bezirksamt Posen, den 12. Oktober 1872.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Ausführung des Neubaus eines Schulhauses nebst Schulhof und Stall in Turohau-Paul soll im Submissionsverfahren in Entreprise vergeben werden. Nur Annahme von Offerten steht

am 26. Oktober cr.,

Vormittags 10 Uhr, im Müller'schen Gasthof zu Kitzlow Termin an, zu welchem ich Unternehmer mit dem Bemerkten einlade, daß die Baukosten incl. der Hand- und Spanndienste auf 3,95 Thlr. veranschlagt sind und Kosten-Anschläge, Bedingungen und Bedingungen in den Diensthunden hier eingesehen werden können.

Klecko, den 16. Oktober 1872.
Königl. Distrikts-Kommissar.
Profé.

Pferd-Verkauf.

Sonnabend d. 19. Oktbr. c.
Vormittags 10 Uhr,

werden in der Kinn Artillerie-Kaserne (Kübel'sches Grundstück), 3 für den kaiserlichen Militär-Dienst unbrauchbare Pferde gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Königliches Kommando
der 5. leichten Fuß-Batterie
Niederschles. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 5.

Auktion

verfallener Pfänder.

Mittwoch d. 30. Oktbr. c. und den folgenden Tagen, früh von 9 Uhr ab, werde ich in meinem Auktions-Lokal Sapieha-Platz Nr. 6, die in der Warschauer Pfandleihanstalt verfallenen Pfänder, meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Grosse,
Kgl. gerichtl. Auktions-Commissarius.

Bekanntmachung.

Die Ausführung des Neubaus eines Schulhauses in Karczewo-Paul soll im Submissionsverfahren in Entreprise vergeben werden. Nur Annahme von Offerten steht

am 26. Oktober cr.,

Vormittags 12 Uhr, im Müller'schen Gasthof zu Kitzlow Termin an, zu welchem ich Unternehmer mit dem Bemerkten einlade, daß die Baukosten auf 1806 Thlr. 10 Sgr. 1 Pf. veranschlagt sind und Kosten-Anschläge, Bedingungen und Bedingungen in den Diensthunden hier eingesehen werden können.

Klecko, den 16. Oktober 1872.
Königl. Distrikts-Kommissar.
Profé.

Der Bau eines Schulhauses zu Karczewo-Paul, veranschlagt incl. des Bauhofes, welches der Schulhof umgeben soll, auf 3,318 Thlr. 3 Sgr. 1 Pf., soll im Wege der Mitbestimmung vergeben werden. Hierzu ist ein Termin auf den

22. Oktober c.,

Nachmittag 2 Uhr,

im hiesigen Schulhause anberaumt worden. Zeichnungen, Kostenanschlag und Baubedingungen können beim hiesigen Schul-Spizler eingesehen werden. Auf dem 20. Okt.

Die Repräsentanten der katholischen Schulgemeinde.

Drzymała. Dziurła

1000 Thlr.

werden gegen hypothekarische Sicherheit auf ein la. d. d. Grundstück gesucht. Näheres durch das Annoncen-Bureau von Kaufmann & Palme in Posen.

Haus- und Geschäfts-Verkauf.

Ein Haus in Straßburg (Stadt) von ca. 20,000 (Einwohnern), worin ein Destillations-Geschäft betrieben wird, wüßte ich zu verkaufen. Das Haus ist 65 neu und comfort. erbaut, Hypothek, fikt. Anzahlung nach Belieben gering. Näheres Litzners Hotel.

Ich wohne jetzt in

Koźmin.

Dr. Urbanski,

prakt. Arzt, Chirurg etc.

Neelle Chen-

Bermittlung

unter strengster Discretion.

Reiche Vermählungs-Partien aus dem Adel und höheren Bürgerstande stehen jedw. zur Verfügung. Anträge stellen können sich an die unterzeichnete Direction zu wenden.

Direction J. Hersch,

Breslau, 3. Ringstraße 4a.

Freiwilligen-

Examen. Neuer Kursus beginnt am 7. Oktober. Pension mit voller Verpflegung. Posen, St. Martin 2/26.

Dr. Theile.

In Einvernehmen mit dem hiesigen Gymnasium-Director Herrn Stehpan und dem Gymn.-Schulcollegium eröfne ich mit dem 1. November d. J. eine

Vorbereitungsschule

für das hiesige Gymnasium und sehr zeitigen Anmeldungen täglich entgegen. Schluß den 13. Oktober 1872.

Antoniewicz,

Präsident.

Meine Pensions- und Erziehungs-Anstalt für Töchter mos. Glaubens, befindet sich jetzt:

Genthinerstr. 36,

(Schöneberger Ufer).

Sprechstunde 4—5 Uhr.

Johanna Wollmann,

geb. Louis.

40 Stück

fette Gänse

hat zu verkaufen Dom. Salin bei Gnesen.

I. Klasse.

Loose à 1/4 Thlr.

Achter

Bestehend aus 7. Klassen, vertheilt auf ein Jahr.

25,000 Loose mit 6250 Gewinnen im Werthe von 72,425 Thlr.

(Zum Besten der Invaliden und unbemittelter Kranken).

Gewinne der I. Klasse.

	Berth.	Summe.
1 Gewinn: 1 Mobilar von Mahagoni, nämlich: 1 Canape mit Rippbezug, 2 Lehnstühle dto., 6 Stühle dto., 1 Sofa, 1 Pfeilspiegel, ächte Vergoldung, mit Marmorkonsole,	570	570
1 Gewinn: 1 Pianoforte aufrecht stehend, von Mahagoni,	235	235
1 Gewinn: 1 Canape von Mahagoni mit Rippbezug nebst 6 Stühle dto.	127	127
2 Gewinne: 1 Lehnstuhl von Mahagoni mit Velourbezug	52	104
3 Gewinne: 1 Nähmaschine, System Wheeler & Wilson, zum Familiengebrauch	40	120
13 Gewinne: 1 Stuhl 88-90 Cmr. breites Pausmachereisen	20	260
16 Gewinne: 6 Zehlfuß von 12 Lb. Silber mit Füßen graviert	104	15
38 Gewinne: 2 Stühle	8	304
48 Gewinne: 1 Damast-Gedächtniß, ca. 160-168 Cmr. mit 6 Servietten	64	304
20 Gewinne: 2 Damast-Theeservietten ca. 135 Cmr.	6	120
80 Gewinne: 1 wollene Pierbede	54	440
52 Gewinne: 1 Dugend Dreißigpfänder	5	260
50 Gewinne: 1 Zuckerdose, Neusilber verfertigt, mit Kristallglobe	44	25
48 Gewinne: 1 zerscheidener Regenschirm	44	216

Die Ziehung geschieht in Flensburg.

Die Gewinngegenstände werden mit dem Stempel der Lotterie versehen und öffentlich ausgegeben; dort können auch die Gewinne spätestens 6 Wochen nach jeder Ziehung in Empfang genommen werden.

Loose à 1/4 Thlr. nebst Gewinnverzeichnis sind zu haben bei dem

Vertreter der Lotterie für die Provinz Posen, Herrn Schlesinger,

Buch- und Musikalien-Handlung in Posen.

F. Mühlberger, General-Agent.

Bitte zu beachten!

Um hohen Adl. und hochgeehrten Herrschaften mache ich die erg. bene Anzeige, daß ich von Breslau nach Posen verzoogen bin und empfehle mich in aller Tapetearbeiten aufs Prompteste und versichere zu den solidesten Preisen zu bedienen. Um recht zahlreiche Aufträge bittet ergebenst

Hackenberger,

Tapetier und Dekorateur.

Gef. Aufträge bitte an Herrn. Meyerbach, St. Martin Nr. 46, zu richten.

Lehm,

die 2spänn. Fuhre 5 Sgr.,

die 1spänn. Fuhre 2 1/2 Sgr.,

ist im Feldschloßgarten zu haben.

In Grätz stehen

100 Schock 38-zölliges

eichenes Stabholz,

Bahnhof Eichenhorst, 1/2 Meile

von Grätz:

100 Schock 42-zölliges

eichenes Stabholz

zum Verkauf.

Näheres durch die Expedition des Gräzer Wochenblattes in Grätz.

Auktion

zu Jezewo, bei Borek

am Dienstag, den 22.

Oktober 1872,

Morgens 8 Uhr,

über 20,000 Stück Mauersteine,

20,000 Stück Dachsteine und

circa 100 Klafter trockenen

Birnen- und Eichen-Holz.

Inserat.

Fünfhundert Sad

Buchweizen

werden zu kaufen gesucht von

Otto Koethe,

in Altdorf,

(Station Calau, der Halle-Sorau

Gube. er Eisenbahn)

100 fette Hammel

zum Verkauf auf Vorwerk

Kurzegeżydy, eine

Meile vom Bahnhof Tr. e-

mesano, zwei Meilen von

Gnesen.

Zwei Fohlen, sieben Monate alt

sind zu verkaufen Ebniastr. 9.

Ein Plantain zu vermiethen bei

C. Ecker, Magazinstr. Nr. 1.



Ziehung

am 27. Novbr. 1872.

Jahrgang.

Die Breslauer Nachrichten

beginnen mit dem 1. Oktober:
Eine Liebe im Gebirge.
Ungarische Dorfgeschichten
von
Caroline Deutsch.
Eine spannende und höchst poetische
Novelle.

Abonnementspreis 1 Thlr. pro
Quartal, bei den Königl. Post-
anstalten 1 1/2 Thlr.
Probenummern gratis und franco!

Pr. Vott-Loose 4. Kl.

Origin. u. Antiqu. letztere v. 1/4 18
Thaler, 1/9 9 Thaler, 1/10 4 1/2 Thaler,
1/12 2 1/2 Thaler, 1/16 1 1/2 Thaler verk.
u. verl. das 1. u. älteste von G. d.
häufig begünstigte Post-Compt. von
Schereke, Berlin, Poststr. 10.

163. Frankfurter 163.

Stadt-Lotterie.

Ziehung der I. Klasse

am 6. u. 7. November c.

Die Loose zu dieser Klasse
müssen bei Verlust des An-
rechtes bis spätestens den 2.
November, Abends 6 Uhr
eingelöst werden.

S. Littauer,

Posen, Wilhelmplatz 17.

Lotterieloose 1/19 Thlr. (Druck.)
1/8 Thlr., 1/10 4 Thlr., 1/12 2 Thlr. verk.
u. verl. das 1. u. älteste von G. d.
häufig begünstigte Post-Compt. von
Schereke, Berlin, Poststr. 10.

Kgl. Preuss. Staats

lotterie.

Hauptziehung 19
Oktober bis 4. November. 3
derelben empfiehlt und verendet
Loose 1/80 Thlr. 1/38 Thlr.,
1/18 Thlr., 1/9 Thlr., 1/10
4 1/2 Thlr., 1/12 2 1/2 Thlr., 1/16
1 Thlr. 5 Sgr. Lotterieloose
für Max Marcus Ver-
lin, Friedrichstraße 207, u. ter
dem berühmten Motto „Soch
die Treff-er Tod den Rieten!“
Bei Max Marcus in Ver-
lin“ lae ich zur Vertheilung
an diese glänzenden aller Staats-
lotterien ergebnen und bittet
etwaige B. R. H. lungen baldigst
an mich gelangen zu lassen.

163. Frankfurter

Stadt-Lotterie.

Bestehend aus 26,000 Loosen und
14,000 Gewinnen mit 6 Hauptgewinnen
2 Mal a 100,000, 50,000, 25,000,
20,000, 15,000 Thlr. u. f. w.

Nächste Ziehung

am 6. und 7. November.

Ganze Original-Loose 3 Thlr. 13 Sgr.

Halbe „ 1 „ 22 „

Viertel „ 1 „ 26 „

Verkauft und versendet gegen Ein-
zahlung des Betrages oder Postnachnahme

J. Juliusburger,

in Breslau,

Lotterieloose Comp. o. r., Hofmarkt 9,

1. Etage.

Amliche Gewinnslisten und Pläne

gratis.

Ein möbl. Zimmer ist sofort zu ver-
mieten St. Martin Nr. 14 im Duer-
saule rechts, eine Tr. pp. hoch.

Ein möbl. 3 Etage st. la 3 Et.

Einen im Politz resp. Verwaltung-
fache tüchtigen, beider Sprachen
mächtigen, aber unverheiratheten

Bureaugehilfen

sucht vom 1. November d. J. ab das
Königl. Postdistriktsamt zu Sten-
tze-o. Jährliches Gehalt 180 Thlr.

Persönliche Vorstellung notwendig.

Offene Stelle.

Auf dem Gute Jacewo b. J. o.
wroclaw, findet ein gut empfohlener

Defonomie-Verwalter

am 1. Januar 1873 Stellung. Jähr-
gehalt bei freier Station 2 Thlr. 10 Sgr.
100 Thlr. Bewerber, die der d. u. n.
und politischen Sprache mächtig sind,
belieben sich dort persönlich zu melden.

Auf der Domaine Bolewice

bei Neustadt b. P., ist die

Hofbeamtenstelle vom 1. De-
zember d. J. ab, zu besetzen.

Gehalt 100 Thlr. Persön-
liche Vorstellung erwünscht.

Eine grübe Schneiderin sucht A. b. d.
Küchelligenstr. Nr. 3, p. r. r. e. r.

Otto Goy,

Friedrichstr. 28.

Thee-Waffeln

empfehlen a Stück 8 Pf., 6 Pf., 4 Pf.

R. Neugebauer,

Conditor, Breitestr. 15.

Ein Kunst-Ärzt, verh. aber kinder-
los, mit den besten Zeugn. u. Refor-
mandationen verl., sucht f. o. r. von
Neujahr 1873 ab, eine entspr. St. d.
Aufs. in fr. Briefen A. B. poste rest.
Posen.

Otto Goy,

Friedrichstr. 28.

Thee-Waffeln

empfehlen a Stück 8 Pf., 6 Pf., 4 Pf.

R. Neugebauer,

Conditor, Breitestr. 15.

Ein Kunst-Ärzt, verh. aber kinder-
los, mit den besten Zeugn. u. Refor-
mandationen verl., sucht f. o. r. von
Neujahr 1873 ab, eine entspr. St. d.
Aufs. in fr. Briefen A. B. poste rest.
Posen.

